

**Frank Deppe**

**NICCOLÒ MACHIAVELLI**

**Zur Kritik**

**der reinen Politik**



**Pahl-Rugenstein**



*Frank Deppe*

Niccolò Machiavelli  
Zur Kritik der reinen Politik

Pahl-Rugenstein

© 1987 by Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Willi Hölzel/Andreas Tsordanidis

Bildnachweis Seite 510

Satz: ICS Kommunikations-Service GmbH, Bergisch Gladbach

Druck: Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH, D-4040 Neuss

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Deppe, Frank:

Niccolo Machiavelli: zur Kritik d. reinen  
Politik / Frank Deppe. – Köln: Pahl-Rugenstein,  
1987.

(Kleine Bibliothek; 445: Wissenschaft)

ISBN 3-7609-1126-9

NE: GT

# Inhalt

Vorwort . . . . .	7
<b>1. Wege zu Machiavelli . . . . .</b>	<b>11</b>
1.1. Politikwissenschaft und Politikbegriff . . . . .	11
1.2. Die Begriffe des Machiavelli und der moderne Staat . . . . .	16
1.3. Die politische Theorie des »voraussetzungslosen Empirismus« und die Widersprüche der »reinen Politik« . . . . .	21
1.4. Voraussetzungen der »reinen Politik« . . . . .	28
1.5. Ereignis- und Strukturgeschichte . . . . .	33
1.6. Materialistische Politikanalyse . . . . .	36
<b>2. Diagnose — »Schwache Staaten sind immer schwankend in ihren Entscheidungen, und immer sind langsame Entschlüsse schädlich« (Discorsi, II.15) . . . . .</b>	<b>48</b>
2.1. Biographische Skizze . . . . .	52
2.2. Die Krise von Florenz und von Italien . . . . .	84
2.2.1. »Geschichte von Florenz« (»Istorie Fiorentine«) . . . . .	86
2.2.2. »Warum die Fürsten Italiens die Herrschaft verloren haben« (Fürst, 24. Kap.) . . . . .	115
<b>3. Aufstieg und Niedergang von Florenz . . . . .</b>	<b>122</b>
3.1. Die ökonomische Basis der Renaissance . . . . .	126
3.2. Die Krise des Feudalismus . . . . .	140
3.3. Zum Übergang Feudalismus-Kapitalismus . . . . .	144
3.4. Klassenverhältnisse-Zunftverfassung-Staat . . . . .	155
3.5. Übergang von der Oligarchie zur Signorie. Das System der Medici-Herrschaft . . . . .	165
<b>4. Therapie — »Nur wer mit der Zeit geht, wird auf die Dauer Glück haben« (Discorsi, III.9) . . . . .</b>	<b>191</b>
4.1. »Il Principe« (Der Fürst) . . . . .	199
4.2. »Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio« . . . . .	225
4.3. Verfassungsreform und »Kriegskunst« . . . . .	263
<b>5. Elemente der politischen Theorie Machiavellis . . . . .</b>	<b>283</b>
5.1. Methode: »La verità effettuale delle cose« (Fürst, 15. Kap.) . . . . .	290

5.2. Menschenbild, Geschichte, Politik und Staat . . . . .	297
5.3. Die Konzeption des politischen Aktivismus . . . . .	315
5.4. Exkurs: Zur Soziologie des Renaissance-Intellektuellen	336
<b>6. Der Machiavellismus des 20. Jahrhunderts . . . . .</b>	<b>367</b>
6.1. Souveränität und Freiheit. Zur Entwicklung der bürgerlichen Staats- und Politiktheorie. . . . .	370
6.2. Der Mythos vom »neuen Fürsten«. Die Neomachiavellisten des 20. Jahrhunderts . . . . .	392
6.3. Vergesellschaftung und Politik . . . . .	428
<b>Anmerkungen. . . . .</b>	<b>455</b>
<b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>	<b>496</b>
1. Schriften von Machiavelli . . . . .	496
2. Schriften über Machiavelli. . . . .	496
3. Sonstige Literatur . . . . .	498

## Vorwort

Im Spätherbst 1985 habe ich mit der Niederschrift dieses Manuskriptes begonnen und mich dabei – nebenbei, so schien es – in einen Gegenstand vertieft, der von meinen sonstigen Arbeitsschwerpunkten recht weit entfernt ist. Da war zunächst eine gewisse Neugier, dem Phänomen – ja sogar dem Mythos – der sich stets erneuernden Ausstrahlungskraft des kleinen Buches vom »Fürsten« und seines Verfassers auf die wissenschaftliche und praktische Politik auf den Grund zu gehen. Dazu hatte die Lektüre der »Kerkerhefte« des Antonio Gramsci dieses Interesse geschärft. Was hat den Marxisten und italienischen Kommunisten Gramsci bewogen, zentrale Bestandteile seiner Staats- und Politiktheorie, vor allem aber seiner Parteitheorie (»der moderne Fürst«) in den »Noterelle sulla politica del Machiavelli« (Quaderni, III. 1533 ff.) zu entwickeln? Und wie ist der Widerspruch aufzulösen, daß zur gleichen Zeit Machiavelli als Begründer einer Politikwissenschaft gefeiert wurde, die im Vor- und Umfeld des italienischen, aber auch des deutschen Faschismus ihren Standort hat? Schließlich hat gerade diese Frage mich vermuten lassen, daß im Zusammenwirken von sozialökonomischen Krisenprozessen und den verschiedenen Varianten einer – ideologischen wie politischen – neokonservativen »Wende« in den hochentwickelten, kapitalistischen Gesellschaften seit Mitte der 70er Jahre zugleich die Bedingungen für eine neue Machiavelli-Konjunktur heranreifen, daß – mit anderen Worten – diese Krisenerfahrung von rechts in die erneute »Stunde Machiavellis« umgedeutet werden soll.

Gleichwohl hat dieses Interesse an der politischen Theorie von Machiavelli eine Vorgeschichte. Diese beginnt eigentlich in der marxistischen Staatsdebatte vor gut einem Jahrzehnt; genauer: mit einem Marburger Arbeitskreis »Staatstheorie«, dessen Arbeit mir sehr wichtig war. Später habe ich Vorlesungen und Seminare zur Geschichte der bürgerlichen Staatstheorie und Sozialphilosophie – von Machiavellis »Fürst« bis zu Hegels »Rechtsphilosophie« – gehalten. Mehr oder weniger bewußt wollte ich mich dabei auch von jener Tendenz zur Verselbständigung theoretischer Selbstreflexion und zuweilen eitlen und eifersüchtigen Abgrenzungsriten lösen, die die Staatsableitungsdebatten in ihrer Endphase mehr und mehr blockierten. Die Frage, wie in den großen staatstheoretischen Entwürfen – vom 16. bis zum 18. Jahrhundert – die Besonderung des Staates gegenüber der Gesell-

schaft, damit auch Form und Funktion des bürgerlichen Staates, reflektiert werden, erschien mir nunmehr wichtiger als die definitive Klärung der Frage, ob dieser Staat nun aus den Eigentums- und Klassenverhältnissen, aus der Zirkulationssphäre oder aus dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate abzuleiten sei.

Dabei kam ich immer wieder auf die politischen Theorien des 16. Jahrhunderts zurück (neben Machiavelli vor allem Morus, Luther und Calvin, Bodin und – gleichsam als »Nachzügler« – Althusius, dessen »Politik« im Jahre 1603 erschien). In diesem Jahrhundert verdichten sich jene Widersprüche, deren gesellschaftliche Ursache in letzter Instanz in der Krise des Feudalismus zu suchen sind; denn die Produktions- und Verkehrsverhältnisse der modernen, kapitalistischen Gesellschaft haben sich noch längst nicht voll durchgesetzt und verallgemeinert. Diese Widersprüche werden in endlosen zwischenstaatlichen Kriegen und Bürgerkriegen ausgetragen, in denen einerseits die militärische Gewalt als die extreme Form des politischen Handelns vorherrscht, und in denen andererseits die Politik- und Staatstheorie das Bedürfnis nach der Domestizierung dieser Konflikte durch das eindeutig institutionalisierte und legitimierte Gewaltmonopol des Staates artikuliert.

Das Werk Machiavellis fasziniert nicht nur deshalb, weil es um diesen Gedanken der notwendigen Selbstbehauptung des Staats konstruiert ist und weil dabei die Zwecke und Mittel der Politik nur noch aus sich selbst, nicht mehr aus ethischen und religiösen Bindungen, begriffen werden sollen. Solche Ideologien von der »reinen Politik« bzw. von der unbedingten Autonomie des Politischen, die sich wissenschaftstheoretisch im Programm eines erfahrungswissenschaftlichen Positivismus begegnen, verbinden sich zumal im 20. Jahrhundert mit dem Begriff des »Machiavellismus« (bzw. des Neomachiavellismus), der um so reaktionärer wirken muß, als er gesellschaftliche Krisenprozesse durch die »reine Politik«, d. h. durch den autoritären Staat, seine Führung und sein Gewalthandeln nach innen und außen überwinden will.

Diese Grundthese des Buches strukturiert sowohl die kritische Analyse des Werkes von Machiavelli als auch die der Machiavelli-Rezeption im 20. Jahrhundert. Wenn jedoch die Geschichte politischer Ideen nicht als bloßer Zettelkasten des autonomen Verstandes mißverstanden wird, so fordert das Werk von Machiavelli zu einer gründlichen Analyse jener ökonomischen, politischen und kulturellen Blüte der ober- und mittelitalienischen Kommunen – und hier vor allem von Florenz – zwischen dem späten 13. und dem frühen 16. Jahrhundert



heraus. In ihm reflektiert sich vorab die Krisenstruktur der Spätrenaissance, eine Konstellation des Verfalls und des Niedergangs, die – so der Grundgedanke Machiavellis – nur durch einen starken Staat sowie durch eine kenntnisreiche Handhabung seiner Machtmittel aufgehalten werden kann. Das Nebeneinander von Realismus und Idealismus, von objektiven Naturbedingungen aller Politik und einem romantischen Dezisionismus wird so als die ideologische Form dechiffriert, in der sich die Grundwidersprüche der Epoche, aber auch die Ausweglosigkeit der italienischen Verhältnisse des frühen 16. Jahrhunderts – in der Perspektive eines absolutistischen Nationalstaates – konzentrieren.

Vor fast zwanzig Jahren habe ich mein erstes Buch über Louis Auguste Blanqui, den französischen, revolutionären Sozialisten des 19. Jahrhunderts, geschrieben. Gelegentlich führt die intensive Beschäftigung mit einer Person und ihrem Werk zu einer Überidentifikation, die ihrerseits die notwendige Distanz wissenschaftlicher Kritik verkürzt. Bei Machiavelli konnte diese Gefahr nicht aufkommen; denn kritische Politikwissenschaft kann – in dem Maße, wie sie die Politik als notwendig autonome Form der Durchsetzung gesellschaftlicher Herrschaftsinteressen durch den Staat begreift – letztlich ihre Notwendigkeit nur in der Kritik der reinen Politik, d. h. auch in der Kritik jener Herrschaftsinteressen, deren Realisierung des staatlichen Gewaltmonopols bedarf, beweisen.

Ich habe vielen zu danken – u. a. Frau G. Bäumler, die das Manuskript geschrieben hat, und den Bibliothekarinnen, die mich mit Literatur versorgt haben; schließlich auch denen, die sich meine Machiavelli-Geschichten angehört oder – wie Jürgen Harrer und Georg Fülberth – das Manuskript durchgesehen und kommentiert haben. Vor allem danke ich meiner Frau Ulla, die mir nicht nur immer wieder die Bedeutung bibliothekarischen Wissens nahebringt, sondern die auch meine intensive Beschäftigung mit Machiavelli geduldig gefördert hat. Ihr ist dieses Buch gewidmet.

*Frank Deppe*



*Niccolò Machiavelli von Santi di Tito. Palazzo Vecchio, Florenz.*

# 1. Wege zu Machiavelli

## 1.1 Politikwissenschaft und Politik-Begriff

Seitdem die moderne Politikwissenschaft als eigenständige akademische Disziplin besteht, spricht sie von den Schwierigkeiten, ihren eigenen Gegenstand, »das Politische«, »die Politik«, exakt zu bestimmen. Studenten werden in Einführungsseminaren oftmals mit einer Vielzahl von Politik-Begriffen und -Definitionen vertraut gemacht.<sup>1</sup> Die Verwirrung, die sich einstellen muß, wird sich durch wissenschaftstheoretische Erläuterungen nur allmählich auflösen lassen. Wer von Wissenschaft klare und eindeutige Bestimmungen erwartet, der wird nicht auf Anhieb die Logik der Aussage verstehen wollen, daß es sich bei dem Wort Politik um einen »jener historischen Begriffe« handelt, »denen es, Nietzsche zufolge, eigentümlich ist, daß sie sich nicht definieren lassen... Definierbar ist nur das, was keine Geschichte hat«<sup>2</sup>. Kurt Lenk konkretisiert dieses Postulat einer notwendigen Historisierung des Begriffs: »Vielleicht liegt... die offenbare Ratlosigkeit einer Disziplin, die seit je der politischen Praxis auch beratend beizustehen hatte, darin begründet, daß die Frage, was Politik sei, so gestellt, falsch formuliert ist. Vielleicht müßte sie lauten: Woher stammt das, was Menschen im Laufe ihrer Geschichte als »Politik« bezeichnet und erfahren haben? Die Frage nach dem »Wesen« wäre dann keine »Wesensfrage« mehr, sondern eine historisch-genealogisch orientierte Problemstellung, deren kritischer Sinn sich erst dann erschließt, wenn das Scheitern der Suche nach der Beantwortung der Frage: »was Politik sei«, am eigenen Leibe erfahren würde.«<sup>3</sup>

Wenden wir uns also den geschichtlichen Wurzeln des Wortes Politik zu. Es stammt aus der griechischen Sprache. Polis heißt: Burg, Feste, Stadt, Stadtgemeinde, Staat. Politik – das sind die Angelegenheiten der Polis, die öffentlichen oder gemeinschaftlichen Angelegenheiten. In dem Maße, wie die Menschen (oder einige Philosophen) darüber nachdenken, wie diese öffentlichen Angelegenheiten wohl am besten zu gestalten seien, gewinnt »Politik« die Bedeutung von »Staatswissenschaft« oder »Staatskunst«.<sup>4</sup> Schon bei den Griechen wird also das Politische im Unterschied zum Privaten gedacht; als Gegensatz und Einheit von allgemeinen und privaten (selbstbezoge-

nen, eigennützig) Interessen. »Wenn die Griechen das der Polis Eigene *politisch* nannten, so meinten sie im spezifischen Sinne die mit der Bürgerschaft identische Stadt, die in der Gesamtheit der Bürger gründete und von ihr ausgemacht war. Die Polis war für sie der einzige wichtige Zusammenhang oberhalb des Hauses.«<sup>5</sup>

Politik wird durch den Staat konstituiert. In ihr drückt sich das Verhältnis von öffentlichen und privaten Interessen, das Verhältnis der Bürger zum Staat als einem besonderen, über der Gesellschaft stehenden Gewaltapparat aus. Friedrich Engels hat diesen Zusammenhang von Politik und Gewalt – also auch die Bestimmung der Politik als »Gewalthandeln«<sup>6</sup> – in seiner Analyse des »Ursprungs der Familie, des Privateigentums und des Staates« (1884) in den Mittelpunkt gerückt: »Der Staat ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; ebensowenig ist er ›die Wirklichkeit der sittlichen Idee‹ . . ., wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ›Ordnung‹ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.«<sup>7</sup>

In den »klassischen Theorien« der Politik wird deren Bestimmung als Gewalthandeln durch normative Orientierungen auf das »gemeinsame Gute«, die im Staat verkörperte höchste Vernunft und Glückseligkeit, die Ethik der politisch Handelnden überlagert und verschleiert. Gleichwohl zeigt ein Blick auf die tatsächliche politische Geschichte (auch dann, wenn man F. Engels Kritik an der »Vorstellung, als wären die politischen Haupt- und Staatsaktionen das Entscheidende an der Geschichte«<sup>8</sup> zur Kenntnis nimmt!), daß die politische (außerökonomische) Gewalt, wie sie in Kriegen zwischen Staaten, in Bürgerkriegen und Aufständen, in Machtkämpfen und Verschwörungen, im Wechsel der Regierungsformen usw. usf. erscheint, gleichsam ein Kontinuum der Geschichte von Klassengesellschaften bildet. Selbst die christliche Staats- und Politikauffassung des Mittelalters trug diesem Sachverhalt insofern Rechnung, als sie »zwei Reiche« unterschied: das »Reich Gottes«, das nicht von dieser Welt sei, und das weltliche Reich der Sünde und der Gewalt, in dem Gott

allenfalls über die staatliche Autorität und Obrigkeit die Sünde, die dem menschlichen Verhalten – seit der Vertreibung aus dem Paradies – eigen sei, im Zaume halte. So hat noch Martin Luther 1523 die »weltliche Obrigkeit« theologisch verhimmelt: »Da aber kein Mensch von Natur Christ oder fromm ist, sondern sie alle Sünder und böse sind, wehrt ihnen Gott allen durchs Gesetz, daß sie äußerlich ihre Bosheit mit Werken nicht dürfen nach ihrem Mutwillen üben . . . wie man ein wildes, böses Tier mit Ketten und Banden fesselt, daß es nicht beißen noch reißen kann nach seiner Art, obwohl es gerne wollte . . .«<sup>9</sup>

Wer sich auf diesen Weg begibt, um über eine historisch-genetische Fragestellung den Begriff der Politik zu erschließen, der wird unvermeidlich dem Florentiner *Niccolò Machiavelli* (1469–1528) begegnen. Der Verfasser des »Fürsten« und der »Discorsi« scheint eine überaus klare Vorstellung von dem zu haben, was denn nun die »Politik« sei. »Theorie und Programm des politischen Realismus«<sup>10</sup>, also auch Programm des neuzeitlichen politischen Denkens bis in die Gegenwart, werden von einem Schriftsteller und Politiker exponiert, der von der Politik geradezu besessen ist. So schreibt er in einem Brief (9. 4. 1513) an seinen Freund Vettori: »Das Schicksal wollte, daß ich weder von Seide noch Wollweberei, weder vom Gewinn, noch Verlust zu reden weiß; ich muß vom Staate reden; ich muß das Gelübde tun, still zu schweigen, oder davon reden« (GS, 5, 342/343). Machiavelli gesteht, daß er von Produktion, Handel und Geld nichts versteht. Er muß von den außerökonomischen Dingen, vom Staat, reden. In der Widmung des »Fürsten« charakterisiert er seine »Kenntnis der Taten großer Männer, die ich durch lange Erfahrung in der Gegenwart und durch anhaltendes Studium des Altertums erworben habe« (Fürst, 33) als seine teuerste »Habe«, also als seinen Besitz, den er in seinen Schriften denen zur Verfügung stellen will, die entweder schon regieren (also: den »Fürsten«), oder den »jungen Leuten«, die später einmal regieren werden (dies ist das Thema der »Discorsi«), und die es lernen sollen, aus der Kenntnis der Geschichte, der unerbittlichen Kritik der Gegenwart die Fähigkeit zu erwerben, in der Zukunft das »Gute« zu realisieren.

Daß Politik ein Gewaltverhältnis sei, wird von Machiavelli nicht einmal problematisiert. Im Gegenteil, indem er Politik als ein Handeln faßt, das auf die Gründung von Staaten, auf deren Erweiterung oder Erhaltung gerichtet ist, erkennt er zugleich die physische Gewalt – die Gewalt der Waffen, sei es im Krieg (nach außen), sei es zur Gewährleistung innenpolitischer Stabilität – als deren konstitutives Element.

Recht und Gewalt sind die beiden Waffen, die jeder Fürst – entsprechend der konkret-historischen Situation (*occasione*) und ihren Notwendigkeiten (*necessità*) – zu handhaben wissen muß. So schreibt Machiavelli in einer berühmten Passage des »Fürsten«: »Man muß nämlich wissen, daß es zweierlei Waffen gibt: die des Rechtes und die der Gewalt. Jene sind dem Menschen eigentümlich, diese den Tieren. Aber da die ersten oft nicht ausreichen, muß man gelegentlich zu den anderen greifen. Deshalb muß ein Fürst verstehen, gleicherweise die Rolle des Tieres und des Menschen durchzuführen« (Fürst, 104). Es folgt dann das Bild vom Fuchs und vom Löwen – zwei notwendige Varianten der Rolle des Tieres, die der Fürst beherrschen muß, um erfolgreich zu regieren. Die eigentümliche Faszination des sog. »Machiavellismus« gründet sich gerade auf diesen grausam gewaltsamen Realismus, der einerseits abstößt (soweit er an moralischen Normen gemessen wird), der aber andererseits immer wieder von neuem eine außerordentliche Suggestionskraft auszustrahlen scheint, weil er nun doch – auch über die Verfremdung der Bilder (die der Sprache der Renaissance-Humanisten eigen sind) – vielen Lesern den Eindruck vermittelt, als führe Machiavelli sie in das geheimnisvolle Innerste jenes Reiches der Politik, in dem tatsächlich über die Geschehnisse der Welt und der Menschen entschieden werde.

Politik bedeutet also die Handhabung der »Waffen« des Rechtes und der Gewalt durch die jeweiligen politischen Handlungssubjekte (vor allem durch den Fürsten), um einen Staat zu regieren. Sie umfaßt »... alles was der Erweiterung oder Erhaltung ihrer (i. e., der Regierenden) Macht dient« (Disc., 226). Machiavelli will »erörter(n), wie diese Fürstentümer regiert und behauptet werden können« (Fürst, 35). Damit werden auch schon Methode und Programm der *Wissenschaft* von der Politik skizziert. Diese nimmt die Geschichte wie die Gegenwart der politischen Formen und Auseinandersetzungen, Bewegungen und Ideen zum Material, um – nach der nüchternen, kalkulierenden Abwägung verschiedener Möglichkeiten des Handelns, seiner Erfolge und Niederlagen – »allgemeine Regeln« (Fürst, 47) herauszuarbeiten. Deren Kenntnis soll ihrerseits den oder die Regierenden in die Lage versetzen, dem »Stoff« (des geschichtlich-politischen Materials) jene »Form« aufzuprägen, »die ihnen gutdünkte« (Fürst, 54). Die Wissenschaft von der Politik dient praktischen Zwecken. Sie soll gerade darin nützlich sein, daß sie dem oder den Regierenden praktisches Handlungswissen an die Hand gibt.

Es scheint also ganz einfach. Das Denken von Machiavelli besticht durch seine – immer wieder bis zur Brutalität gesteigerte – Klarheit.

Dabei wurde diese Brutalität nicht im Kopfe des Florentiners ausgeheckt, sondern sie ist in der politischen Geschichte seiner Zeit selbst zu Werke. Seine Wissenschaft ist dezidiert anti-utopisch. Sie trennt die Normen der Ethik von der politischen Realität (und weist jenen dabei – wie noch zu zeigen sein wird – Funktionen der Legitimationssicherung zu). Der instrumentelle Charakter des Wissens wird nach seiner politischen Funktion für die Ausübung von politisch-staatlicher Herrschaft bemessen. Der Politiker wie der Wissenschaftler werden immer wieder mit einem Arzt verglichen, der den Körper – vor allem den kranken Körper – analysiert, um – nach der Diagnose – die richtige Medizin zu verschreiben. »Wie die Medizin ist auch die Politik eine Erfahrungswissenschaft«<sup>11</sup>, die vor allem die Aufgabe hat, durch Früherkennung von – später unheilbaren – Krankheiten Vorsorge zu treffen: »Denn gegen das Übel, das man von fern sieht, kann man leicht ein Mittel finden. Wartet man aber, bis es da ist, so kommt die Arznei zu spät, weil die Krankheit unheilbar geworden ist. Es verhält sich hiermit wie mit der Schwindsucht, die, wie die Ärzte sagen, am Anfang des Leidens leicht zu heilen, aber schwer zu erkennen ist; wird sie aber anfangs nicht erkannt und behandelt, so läßt sie sich in der Folge leicht erkennen und schwer heilen. So geht es auch im Staatsleben« (Fürst, 42).

Aus dieser Perspektive erscheint das politische Denken von Machiavelli als eine revolutionäre Innovation in der modernen Geistesgeschichte. Er »entdeckte die in der Welt der Politik gültigen Gesetze wie rund ein Jahrhundert später Galilei die in der Natur waltenden Gesetze der Mechanik. Der Begründer der Wissenschaft von der Politik tritt neben den Begründer der modernen Naturwissenschaft«<sup>12</sup>. So fällt es auch zunächst nicht schwer, eine Linie zu ziehen vom Ausgangspunkt des »Fürst« und der »Discorsi« zu jener Definition des Staates und der Politik, die Max Weber zu Beginn unseres Jahrhunderts gegeben hat: »Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes . . . das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht . . . »Politik« würde für uns also heißen: Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt. Wer Politik treibt, erstrebt Macht.«<sup>13</sup> Fügen wir noch die bekannte Webersche Definition des Begriffs Macht hinzu: diese »bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht«<sup>14</sup>.

## 1.2. Die Begriffe des Machiavelli und der »moderne Staat«

Wenn es aber wirklich so einfach wäre, Machiavelli als den Galilei der modernen Politikwissenschaft zu entdecken, der die Politik als Machtstreben zum Zwecke der Gründung und Festigung des »rationalen Staates« begriffen hat, so wäre es andererseits kaum zu verstehen, daß das Werk des Florentiners bis in die Gegenwart immer wieder neu entdeckt und interpretiert wird und zugleich für Verwirrung sorgt. Sein Büchlein vom »Fürst« hat wie kaum eine andere politische Schrift Geschichte gemacht. Unzählige Mythen begleiten seine Wirkungsgeschichte. Der »Machiavellismus« wird seit dem 16. Jahrhundert mit den »arcani imperii«, den Geheimnissen der Herrschaftsausübung oder der verborgenen Seite der Macht, identifiziert.<sup>13</sup> Grausame Tyrannen und Diktatoren sollen den »Fürst« als Rezeptbuch benutzt haben – und jeder Herrscher, der sich öffentlich von ihm distanzierte, geriet zwangsläufig in den Verdacht, dabei – zum Zwecke einer bewußten Täuschung – selbst noch den Maximen des Machiavelli zu folgen. Erst im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert setzte sich – namentlich in Deutschland – eine rationale Auseinandersetzung mit Machiavelli durch. Die Interpretation seines Werkes wurde erst jetzt historisiert. Der »Fürst« wurde mehr und mehr im Kontext der großen Krise der italienischen Gesellschaft und Staatenwelt zwischen 1494 und 1530 gelesen. Das Gesamtwerk Machiavellis – vor allem die Beziehung zwischen dem »Fürst« und den »Discorsi« – trat nunmehr in den Mittelpunkt des Interesses.

Und doch hat diese Verwissenschaftlichung (und Entmythologisierung) der Auseinandersetzung mit Machiavelli keineswegs zu einem einheitlichen Urteil geführt. Neben der bedingungslosen Ablehnung, die vor allem im angelsächsischen Bereich vermittlels der starken Tradition einer moralisierenden Demokratietheorie fortlebt<sup>14</sup>, finden wir eine Linie der Verherrlichung des Florentiners, die in seinem Werk den Schlüssel für die Neu-Konstituierung stabiler politischer Herrschaft in der Krise der entwickelten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts zu finden meint. Gleichzeitig sieht sich die These vom vorgeblichen Realismus, der die politische Theorie Machiavellis auszeichnet, mit der entgegengesetzten Behauptung konfrontiert, der Verfasser des »Fürst« sei – als gescheiterter Politiker und als typischer Renaissance-Intellektueller – ein Romantiker gewesen. Und schließlich begegnet uns die nicht endenwollende Debatte über die Frage, wie die personalisierend absolutistische Option des »Principe« (konzentriert in der positiven Würdigung des Cesare Bor-



gia) mit der republikanischen Option der »Discorsi« vereinbar sei bzw. welche Zusammenhänge zwischen beiden – dem Anschein nach so gegensätzlichen – Optionen bestehen.

Mit anderen Worten – wie auch immer die »Machiavelli-Legende« (die das Zeitalter des Absolutismus überdauerte) entzaubert wurde, das Geheimnis des »Principe« besteht – wie der Philosoph E. Cassirer 1946 schrieb – nach wie vor: »Selbst jetzt, nachdem man an das Buch von den verschiedensten Gesichtswinkeln herangegangen ist, nachdem es von Philosophen, Historikern, Politikern und Soziologen diskutiert worden ist, ist dieses Geheimnis noch nicht vollständig gelüftet, von einem Jahrhundert zum anderen, fast von einer Generation zur anderen, finden wir nicht nur einen Wechsel, sondern eine vollständige Umkehrung in den Urteilen über den »Principe«.«<sup>17</sup>

Diese Widersprüche und Schwierigkeiten der Machiavelli-Interpretation liegen schon im Werk selbst. Die beiden zentralen Begriffe, die auf den ersten Blick die Achse der politischen Theorien des Machiavelli zu bilden scheinen: Staat und Macht, sind bei ihm keineswegs eindeutig gefaßt. Für jeden Übersetzer entstehen so Spielräume, aber auch Probleme. Das erste Kapitel des »Fürst« beginnt mit dem Satz: »Alle Staaten, alle Herrschaften, die Gewalt über die Menschen besessen haben und besitzen, waren und sind Republiken oder Fürstentümer« (Fürst, 35). Der italienische Text lautet: »Tutti gli *stati*, tutti *e' dominii* che hanno avuto e hanno imperio sopra li uomini, sono stati e sono o republiche o principati« (Il Principe, 15). Der Begriff *stato* = Staat erscheint hier als Oberbegriff für verschiedene Regierungsformen (Republiken oder Fürstentümer). Zugleich wird die Gewalt über Menschen als wesentliche Bestimmung des Staates als »Herrschaftsverband« genannt. Im folgenden wird jedoch vom Fürsten und den Fürstentümern gesprochen. Eine Präzisierung des Staatsbegriffes im Sinne einer »neuzeitlichen« Staatsbestimmung erfolgt nicht (vgl. auch das 5. Kapitel, wo der Begriff »*stati*«, »*stato di pochi*« verwendet wird, 27). Auch in den »Discorsi«, wo der Übersetzer in der Überschrift des wichtigen 2. Kapitels des I. Buches Machiavelli von »Staatsformen« und vom »Römischen Staat« sprechen läßt (Disc., 11), findet sich im Original das Wort »*Repubblica*« (Il Principe, 109). Der Kreislauf, in dem sich »... die Regierungen aller Staaten« bewegen (Disc., 15), heißt bei Machiavelli »... *il cerchio nel quale girando tutte le republiche si sono governate e si governano*« (Il Principe, 112).<sup>18</sup>

Ähnliche Resultate zeitigt ein Vergleich jener Textstellen, in denen die Übersetzer das Wort »Macht« verwenden, mit dem Originaltext. Der Satz: »Die Verantwortlichen in den Regierungen würden alles,

was der Erweiterung oder Erhaltung ihrer *Macht* dient, besser anzupacken wissen« (Disc., 225/226), lautet im Original: »quegli que avessono nelle mani uno vivere civile lo sapperebbono meglio indirizzare, o per la via dello ampliare or per la via del mantenere« (Il Principe, 300). Die wörtliche Übersetzung würde lauten: »Diejenigen, die das staatsbürgerliche Leben in den Händen halten, würden es besser zu leiten wissen, sei es auf dem Wege, es auszuweiten, oder auf dem Wege, es zu erhalten.« In einer älteren Übersetzung wird daher ganz auf den Macht-Begriff verzichtet; dafür wird das »Vaterland« gleichsam »eingeschuggelt«: »Die Häupter freier Staaten würden ihr Vaterland auf dem Wege der Vergrößerung oder auf dem der Erhaltung besser zu leiten verstehen . . .« (GS, 1, 251).

In der Sprache Machiavellis hat also das Wort »Macht« nicht den Status einer fest umrissenen und eindeutigen Kategorie. Der Machtbegriff, den erst die moderne politische Soziologie verwendet, wird von Machiavelli vielfach umschrieben: Im »Principe« finden sich neben Begriffen wie »potente«, und »potentia«, die Worte »forza«, »grandezza«, »fare grande« oder »imperio«, die allesamt mit »Macht« übersetzt werden. Macht bedeutet also Kraft, Stärke; meist wird diese Eigenschaft personalisiert (potente, potenti) als Fähigkeit des Stärkeren, dem Schwächeren überlegen zu sein oder ihn zu besiegen. Oftmals steht das Wort im Zusammenhang von militärischen Ereignissen, bei denen eben Sieg oder Niederlage den Beweis dafür liefern, wer denn nun der Stärkere bzw. der Mächtigere sei.

Solche Unklarheiten sollten nicht allein der Freizügigkeit der Übersetzer angelastet werden, die unvermeidlich eigene – zeitgeschichtlich wie ideologisch determinierte – Wertvorstellungen in den Text hineinprojizieren. Vielmehr liegen die Widersprüche in der Sache, von der hier gehandelt wird, selbst. Der »moderne Staat« mit seinen Merkmalen: »scharfer monistischer Souveränitätsbegriff – unangefochtenes Herrschaftsmonopol –, nationale, an staatlichem Machtzweck orientierte Verwaltung – besoldetes Berufsbeamtentum und sachbezogene Behördenorganisation«<sup>19</sup> ist zur Zeit des Machiavelli überhaupt noch nicht voll ausgebildet. Die oberitalienischen Stadtrepubliken der Renaissance, also jene politische Umwelt, deren Krise und Untergang Machiavelli in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts reflektiert, können zwar als die »Geburtsstätten des modernen Staates«<sup>20</sup> gelten; aber ihre Modernität erscheint doch hauptsächlich im Kontrast zu den Verhältnissen des spätfudalen politischen Partikularismus (mit dem Dualismus von Kirche und Staat). »Die italienischen Stadtrepubliken des Mittelalters sind inmitten einer dualistisch gearteten Staatenwelt

monistisch gestaltet. Die italienische Stadtyrannis des 14. und 15. Jahrhunderts schafft das Bild einheitlicher, von einem machtvollen und rücksichtslosen Willen zusammengehaltenen Gemeinwesen. Mit der Renaissance wird in Italien auf historisch dazu vorbereitetem Boden der moderne Staatsgedanke geboren. Der Staat, wie ihn Machiavelli sich denkt, trägt zwar viele Züge des antiken Staates, ist aber in Wahrheit der neue Staat, der sich als schlechthin erhabene Macht über alle seine Glieder erweisen und behaupten will.<sup>21</sup>

Wie immer auch Machiavelli die Notwendigkeit eines starken, weltlichen Staates beschwört und dabei das Ziel seiner Selbsterhaltung frei von moralischen Beschränkungen anerkennt, so kann er doch die Verhältnisse seiner Zeit nicht in Begriffe fassen, die erst aus der Post-Festum-Betrachtung des Historikers – nunmehr auch im Blick auf die tatsächliche Verselbständigung des modernen Staates vom 17.–19. Jahrhundert – sich in ihrer (auch historischen) Bedeutung erschließen. »Es ist nicht falsch, in diesem Zusammenhang auf Machiavelli zu verweisen, aber so wenig er der erste war, der ›stato‹ i. S. v. Herrschaft (dominio populi) verwendet hat, so wenig hat er den ganzen Umkreis des heutigen Wortes gekannt. Insbesondere die soziale Variante, wie sie im naturrechtlichen Denken sich entwickelte, ist ihm fremd. Die Gemeinde der Aktivbürger ist für Machiavelli nicht ›stato‹, sondern ›città‹, ›repubblica‹.«<sup>22</sup>

Der moderne Staat und sein Begriff haben also eine gemeinsame Geschichte. An ihrem Anfang nimmt Machiavelli zweifellos einen hervorragenden Platz als ein politischer Denker ein, der die Notwendigkeit und Autonomie der – im Staat und der »Raison« seiner Selbsterhaltung und Machterweiterung konzentrierten – Politik erkannte und damit auch den Gang dieser Geschichte – als gleichsam immer wiederkehrender »Instrukteur« – begleitete. Aber der Begriff des modernen Staates präzisiert sich erst in einem historischen Prozeß, dessen Grundlage die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise (als materiell-gesellschaftliche Basis der »bürgerlichen Gesellschaft«) und die Kämpfe um die Transformation des absolutistischen Staates in den bürgerlichen, demokratischen Rechtsstaat bilden. Erst »... um die Mitte des 18. Jahrhunderts (hatte sich) in den meisten Staaten des europäisch-atlantischen Raumes eine Staatsgewalt im modernen Sinne herausgebildet«<sup>23</sup>. Das Auseinandertreten von Staat und bürgerlicher Gesellschaft bestimmt letztlich auch den »... Schritt zum voll ausgebildeten Staatsbegriff: Er wird in dem Augenblick vollzogen, als der Herrscher und die in seinem Status zusammengeschlossene herrscherlich-öffentliche Gewalt voneinander getrennt

werden . . . An die Stelle des Dualismus von Regiment und res publica tritt die trias von Regent, Staat und societas civilis (bürgerliche Gesellschaft). Der Fürst ist aus einem eigenständigen Machthaber zu einem Handhaber öffentlich delegierter Gewalt geworden, bedarf als solcher einer neuen Legitimierung, die in der Doktrin des Gottesgnadentums oder der naturrechtlich begründeten These des Unterwerfungsvertrages gefunden wird. Die alte Respublica hat ihre Eigenständigkeit an den Staat abgegeben, stellt sich als eine societas civilis dar, die immer stärker entpolitisiert wird, ein Vorgang, der seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert und in dem Begriffspaar Staat-Gesellschaft zu seinem Abschluß gekommen ist.<sup>24</sup>

Aber erst in Hegels »Rechtsphilosophie« – so M. Riedel – wird diese dialektische Einheit von Staat und bürgerlicher Gesellschaft, die Notwendigkeit der Besonderung des Staates als »Wirkungsform der Gesellschaft«, systematisch reflektiert: »Während die große Tradition der politischen Metaphysik von Aristoteles bis auf Kant den Staat als bürgerliche Gesellschaft bezeichnete, weil das gesellschaftliche Leben an ihm selber schon – in der Rechtsfähigkeit der Bürger, der cives, wie sie Kant noch auf lateinisch erläutert – politisch war, und der status politicus dieser so verfaßten Menschenwelt das eigentlich »ökonomische« und »soziale« Element in der herrschaftlich-häuslichen bzw. ständischen Schichtung in sich gleichsam eingebunden enthielt, trennt Hegel die politische Sphäre des Staates von dem nunmehr »bürgerlich« gewordenen Bereich der Gesellschaft. Dabei erhält der Ausdruck »bürgerlich«, entgegen seiner ursprünglichen Bedeutung, einen primär »sozialen« Gehalt und wird nicht mehr, wie noch im 18. Jahrhundert, als gleichbedeutend mit »politisch« gebraucht. Er bezeichnet nur noch die »gesellschaftliche« Stellung des privatisierten Bürgers im politisch absolut gewordenen Staate, der seinerseits erst damit der Gesellschaft einen eigenen Schwerpunkt verleiht und sie als »bürgerliche« freigibt.«<sup>25</sup> Hier bahnt sich also jene »soziologische Auffassung des Staates« ihren Weg, die H. Heller als ein Produkt der bürgerlichen Revolutionen charakterisierte: »Mit der Französischen Revolution erst . . . treten Sein und Bewußtsein, Gegenstand und Theorie der modernen Staatssoziologie endgültig in Erscheinung (Verhältnis Staat – bürgerliche Gesellschaft). Die Gesellschaft wird nunmehr auch theoretisch vom Staat geschieden (Hegel).«<sup>26</sup>

Kehren wir zu Machiavelli zurück. Seine zentralen Begriffe – Staat, Politik und Macht – sind deshalb notwendig so unscharf, weil ihnen jener realhistorische (dann auch theoretisch reflektierte) Unterbau der Verselbständigung des »modernen Staates« fehlt, der erst die spezifi-

sche Beziehung Staat – bürgerliche Gesellschaft konstituiert. Die Reflexion des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, auch eine Bestimmung des Begriffs der Macht, die diese als einen Prozeß der Transformation gesellschaftlicher Interessen zum staatlichen Handeln und seinen (rechtlich und institutionell verfaßten) Strukturen faßt, mußte Machiavelli fremd bleiben – daher seine Tendenz, die Begriffe vieldeutig zu verwenden und immer wieder zu personalisieren.

Gleichwohl beruht die stets sich erneuernde Aktualität des Florentiners auf der Offenheit und Brutalität, mit der er – jenseits von moralischen und theologischen Bindungen, wie sie dem antiken und dem mittelalterlichen Denken eigen waren – vom Staat als der notwendigen »Zwangsanstalt« gegen die »destruktiven Neigungen« der Menschen gesprochen hat. Darin liegt – wie Münkler betont – aber auch seine »Modernität«: »Die Selbsterhaltung dieses Staates wird bei Machiavelli zur obersten Norm des politischen Handelns. Nur ein geordneter und stabiler Staat vermag der beständigen Drohung des Bürgerkrieges, der die italienischen Stadtrepubliken während des gesamten Spätmittelalters und der Renaissance ausgesetzt waren, entgegenzuwirken. Wie kaum ein politischer Theoretiker vor ihm und kaum einer nach ihm hat Machiavelli die Faktizität des modernen Staates zur Grundlage seiner Theorie gemacht. Mehr als alles andere hat auch dieses offene Aussprechen der politischen Realität zu dem schlechten Ruf beigetragen, den er bis heute hat . . . Solange der Staat als ein Instrument gegen die gesellschaftliche Konkurrenz fortbesteht – und fortbestehen muß –, ist bei Machiavelli über ihn, seine Aufgaben, seine Wirkungen und seine Mittel jedenfalls mehr zu erfahren als bei den schönfärberischen Apologeten des Staates.«<sup>27</sup>

### 1.3 Die politische Theorie des »voraussetzungslosen Empirismus« und die Widersprüche der »reinen Politik«.

Gleichwohl wirft diese Charakterisierung der Modernität und Offenheit der politischen Theorie des Machiavelli mehr Fragen auf, als sie bei oberflächlicher Betrachtung zu lösen scheint. Was ist eigentlich die reine »Faktizität des modernen Staates«? Kann der Nachweis der notwendigen »Selbstbehauptung des Staates« schon als Merkmal einer politischen *Theorie* des Staates gelten, deren Aufgabe – sehr allgemein formuliert – ja wohl darin zu bestehen hätte, die Notwendigkeit von historisch bestimmten Funktionen und Formen von staatlich-politischer Herrschaft nachzuweisen, um von hier aus Ziele, Möglichkeiten,

Methoden des politischen Handelns zu entwickeln? Handelt es sich bei der Begründung des Staates »aus sich selbst« (die allenfalls das Schreckensbild der Nicht-Staatlichkeit, der »Anarchie«, als Beweis für dessen notwendige Existenz und Selbstbehauptung anzuführen vermag) nicht um eine frühe Variante jenes modernen Empirismus, der »Tatsächlichkeit« mit Objektivität der wissenschaftlichen Erkenntnis in eins setzt, aber gerade darin unkritisch und tautologisch bleiben muß, daß er schließlich nur die Realität im Gedanken verdoppelt, nicht aber den Gegenstand mit seinem eigenen Begriff konfrontiert und in dieser Vermittlungsarbeit des Begreifens kritisch wird.

Es wird noch zu zeigen sein, daß dieses reine »Pathos der Tatsächlichkeit« (la verità effettuale della cosa, *Il Principe*, 60) das Werk von Machiavelli keineswegs erschöpfend zusammenfaßt. Es gibt für ihn Normen und Vorbilder des richtigen, ja auch des guten politischen Handelns. Er rekurriert auf das Vorbild der römischen Republik, das er den Krisen- und Verfallsprozessen seiner Zeit gleichsam als Spiegel vorhält. Und schließlich wird die genauere Analyse seines Werkes zeigen, daß die Erfahrung und Analyse der konkret-historischen Zeitumstände, der politischen Krise von Italien und vor allem von Florenz zwischen 1494 und 1527, die wesentliche Determinante seiner politischen Überlegungen bildet. Dennoch feiert eine ganze Schule der Machiavelli-Rezeption der Florentiner dafür, daß er »... das neue, für Jahrhunderte bahnbrechende Prinzip des reinen voraussetzungslosen Empirismus ... entwickelte«<sup>28</sup>. Neuerdings hat der Marburger Romanist August Buck die »... überzeitliche Bedeutung seines Werkes« im Zusammenhang von erfahrungswissenschaftlicher Methode auf der einen und der Begründung der Lehre von der Staatsraison (und darin eingeschlossen: der »Entdeckung der Autonomie der Politik«) auf der anderen Seite sehen wollen: »Der starke Staat, der gestützt auf eine mit uneingeschränkten Befugnissen ausgestattete Exekutive einerseits und ein schlagkräftiges, aus Landeskindern rekrutiertes Heer andererseits, seine Macht nach innen und außen in einem moralfreien Raum ausübt, muß stets auf seine Erhaltung bedacht sein, da jedem Staat fortwährend die Entartung droht. Aus dieser Perspektive gesehen, hat Politik eine verfallshemmende Funktion.«<sup>29</sup> Solche Urteile beziehen sich meist auf die »Elementi di Politica« (1924) des italienischen Philosophen Benedetto Croce. Dieser sah das Verdienst Machiavellis darin, die Notwendigkeit und Autonomie der Politik entdeckt zu haben, der »Politik jenseits von moralischem Gut und Böse, die ihre eigenen zwingenden Gesetze hat und die sich nicht mit Weihwasser bannen und aus der Welt schaffen läßt«<sup>30</sup>.

Es bedarf wohl kaum besonderer historischer Kenntnisse, um solchen »überzeitlichen« Wahrheiten, die angeblich einer quasi-naturwissenschaftlich verfahrenen »Wirklichkeitswissenschaft« entspringen, mit Mißtrauen zu begegnen. Der »starke Staat« wird hier zum Maßstab aller Politik wie des geordneten menschlichen Lebens überhaupt. Diese Vorstellung vermag zumindest im 19. und 20. Jahrhundert wohl kaum als Grundprämisse von Politikwissenschaft breite Zustimmung zu reklamieren. Außerdem bedarf es nicht einmal eines besonders entwickelten ideologiekritischen Verstandes, um den apologetischen Charakter dieser Apotheose des »starken Staates« zu durchschauen. Der Mythos der reinen Faktizität der staatlich-politischen Gewalt, der zumal in der neueren deutschen Geistesgeschichte (und dabei in der Machiavelli-Rezeption, z. B. bei Freyer und Ritter) immer wieder beschworen wurde, verhüllt nur dürftig den harten Kern der Interessen, die auf dem Wege imperialistischer Machtpolitik nach außen oder durch die gewaltsame Stillstellung von sozialen und politischen Widersprüchen und Krisenprozessen im Innern der Staaten durchgesetzt werden sollen.

Die Zuflucht zur »reinen Politik« reflektiert daher stets – wie immer sie sich auch auf den reinen Empirismus als »Wirklichkeitswissenschaft« berufen mag – eine historisch-politische Konstellation, in der die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse selbst schon problematisch geworden sind. Das heißt: Weil die ökonomischen, sozialen, politisch-ideologischen Vergesellschaftungsprozesse nicht länger gesellschaftliche und politische Integration, sondern Destabilisierung und Desintegration reproduzieren, verselbständigt sich die reine politische Gewalt des Staates zum Adressaten für die Sicherung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Der Irrationalismus, der objektiv in den Widerspruchskonstellationen, Interessengegensätzen und Krisenprozessen der bürgerlichen Gesellschaft wurzelt, übersetzt sich daher notwendig in jene Vorstellungen, die die Auflösung dieser Widersprüche auf der Ebene des Staates, mit den Mitteln der politischen Gewalt, postuliert.

Diese Beziehung zwischen dem vorgeblichen Rationalismus, der sich auf die reine Faktizität des Staates und seines Selbstbehauptungswillens beruft, und einer konservativen politischen Romantik, die von dem entschlossenen politischen Handeln des Staates, der politischen Führer und der politischen Eliten, die Lösung gesellschaftlicher Widersprüche erwartet, wird uns bei der Beschäftigung mit Machiavelli und der Machiavelli-Rezeption in der neueren Geschichte immer wieder begegnen. G. Sasso hat diesen »großen Widerspruch«, an dem

Machiavelli selbst gelitten habe, hervorgehoben. Auf der einen Seite plädiere Machiavelli leidenschaftlich für »... einen Staat, in dem nichts der Willkür partikularistischer und zersetzender Kräfte überlassen ist und alles von einer bewußt einheitlichen Macht überwacht wird«<sup>1</sup>. Auf der anderen Seite habe er eine Gesellschaft vor Augen gehabt, »... aufgeteilt in Untertanen und Herrschende, zerrissen durch innere Kämpfe, unfähig sich eine Regierung zu geben, deren Programm nicht von Klassenhaß und Ressentiments bestimmt wäre«. Machiavelli sucht sich von diesem Widerspruch zu befreien; aber – so Sasso – er sieht nicht die »... Schwierigkeit in der spezifisch-historischen Situation«. Es gelingt ihm nicht, »die vielfältigen Zusammenhänge dieser Schwierigkeit mit der konkreten politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit seiner Zeit zu erfassen«<sup>2</sup>.

Daß die Konservativen unserer Tage den Schriften und Ansichten des Machiavelli wieder größere Aufmerksamkeit widmen, ergibt sich schon aus ihrer spezifischen Wahrnehmung und Interpretation jener Krisenprozesse, in die die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften Westeuropas, Nordamerikas und Japans seit Beginn der siebziger Jahre eingetreten sind. Die Krise erscheint aus ihrer Sicht als Resultat einer umfassenden »Entpolitisierung« des Staates, die mit dessen Transformation in den Wohlfahrts- und Sozialstaat einhergehe und die zugleich – auf der Ebene des »Staatsvolks« – sich in einer fortschreitenden Erosion des Leistungswillens, der Wehrbereitschaft, des Gehorsams, des Patriotismus, des Glaubens – kurzum im Verfall eines traditionellen Systems von »Grundwerten«, ohne dessen Funktionieren nun einmal der starke Staat nicht existieren kann, Geltung verschaffe. Letztlich variiert diese konservative Krisendiagnose immer wieder jene Kritik des Liberalismus, die Carl Schmitt (1932) dessen »... Negationen des Staates und des Politischen, seinen Neutralisierungen, Entpolitisierungen und Freiheitserklärungen« angelastet hatte: »Der Liberalismus hat den Staat zwar nicht radikal verneint, andererseits aber auch keine positive Staatstheorie und keine eigene Staatsform gefunden, sondern nur das Politische vom Ethischen her zu binden und dem Ökonomischen zu unterwerfen gesucht.«<sup>3</sup>

Das Programm der Ent-Ökonomisierung des Politischen, der Trennung von Ethik und Politik, das sich in der »klaren Unterscheidung von Freund und Feind«, in der schließlichen Beherrschung des »Ernstfalls« verwirklicht, impliziert natürlich das Eingeständnis, daß die Widersprüche in der bürgerlichen Gesellschaft nicht länger durch deren Selbstregulation, sondern nur noch durch die politische Gewalt des Staates im Zaume zu halten sind. Insofern gewinnt die Krise eine



»Reinigungsfunktion«: Die Intervention politischer Gewalt verhindert nicht nur den Zusammenbruch dieser Gesellschafts- und Herrschaftsordnung (bzw. deren revolutionäre Transformation); sie soll zugleich – im Sinne einer »geistig-moralischen Wende« – das System der traditionellen, staatstragenden »Grundwerte« restaurieren.<sup>34</sup> Schon Carl Schmitt hatte in diesem Zusammenhang Machiavelli (neben Hobbes und Fichte) genannt als einen jener »Theoretiker der Politik«, die »mit ihrem »Pessimismus« in Wahrheit nur die reale Wirklichkeit oder Möglichkeit der Unterscheidung von Freund und Feind voraussetzen) . . . Weil sie immer die konkrete Existenzialität eines möglichen Feindes im Auge haben, bekunden diese politischen Denker oft eine Art Realismus, der geeignet ist, sekuritätsbedürftige Menschen zu erschrecken«<sup>35</sup>.

So hat denn auch in der konservativen Zeitschrift »Criticón« deren Herausgeber, C. von Schrenck-Notzing, im Jahre 1975 die Aktualität Machiavellis beschworen: »Es gibt Autoren, die den Figuren im Wetterhäuschen gleichen. Wenn sie vor- oder zurücktreten, ist jedesmal ein Wetterumschlag im Kommen. Niccolò Machiavelli ist ein solcher Autor, ja er gilt sogar so sehr als zuverlässiger Vorbote von politischen Hagelstürmen und Flutkatastrophen, daß die schottische Ballade mit dem Namen »Old Nick« den Leibhaftigen selber belegte . . . Wenn der Denker der Notwendigkeit, der *necessità*, aus dem Wetterhäuschen tritt, dann ist es über kurz oder lang vorbei mit manch liebenswertem Krimskrams, mit Heiligenscheinen und Trostpflastern und mit dem Pfauenrad der Moralisten. Was jetzt noch zählt, ist allein das harte Gerippe des Faktischen. Die Stunde Machiavellis ist jedoch nicht die Stunde des Waltenlassens des blinden Fatums, sondern die Stunde des Intellekts, der sich nicht mehr um eine Wohlstandsnische in Konkurrenz mit schmackhaften Angeboten bemühen muß, sondern zum einzigen Kompaß wird, dessen Magnetnadel beständig auf die Rettung weist. Tritt er heute wieder aus dem Wetterhäuschen – »Old Nick« Machiavelli?«<sup>36</sup>

Wer zu den Schriften Machiavellis greift, um sich auf »Hagelstürme« und »Flutkatastrophen« vorzubereiten, der spürt (bzw. der wünscht), daß die »Schönwetterlagen« zu Ende gehen. Er liest den »Fürst« in dem Bewußtsein, daß die »Macht und die Machtpolitik« in Krisenzeiten wieder als »Grundtatsachen« des Lebens wie der Politik Anerkennung finden müssen: »Viel zu wenig . . . wird daran erinnert, daß man der Macht nicht zu entrinnen vermag. Sie läßt weder Völker noch Einzelne entkommen, die dem Gegner allein mit dem sympathischen Appell zur Herzenerneuerung entgegentreten . . . Kritische

Perioden verlangen nach Gefahrensinn, Härte, Standhaftigkeit und Bündnisloyalität . . . Nur wer zu kämpfen bereit ist, bleibt – so gut es geht – ungeschoren . . . Diejenigen, denen nichts anderes einfällt, mögen allenfalls ihren Seelenfrieden retten, ihre Haut aber nicht, falls der Ernstfall wirklich eintritt.«<sup>37</sup>

Diese Sätze könnten durchaus von Machiavelli geschrieben sein. Sie sind jedoch einem Buch des konservativen Politikwissenschaftlers Hans-Peter Schwarz mit dem Titel »Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit« (1985) entnommen. Der Verfasser stellt seiner kritischen Analyse des moralisierenden Stils bundesdeutscher Außenpolitik ein Zitat aus den »Discorsi« voran, in dem Machiavelli die »unentschlossenen Republiken« erwähnt, die an ihrer Entschlußlosigkeit zugrunde gehen bzw. durch den »Zwang der Not«, durch äußere Gewalt zur Entscheidung kommen. Dabei geht es ihm in erster Linie darum, für die bundesdeutsche Politik, »analytische Begriffe« zu rehabilitieren, die seit 1945 (nach den beiden Weltkriegen) tabuisiert waren: Macht, Machtpolitik und Staatsraison.<sup>38</sup> Die praktische Politik wie die Politikwissenschaft müssen sich der Freund-Feind-Konstellation in der internationalen Politik (Kapitalismus, Sozialismus; imperialistische Metropolen – Dritte Welt), des »Ernstfall(es) der Konfrontation und des Krieges«, schließlich der Realität eines krisenhaften Macht- und Interessenkampfes in unserer Epoche bewußt werden, um erfolgreich – im Sinne der Bewahrung von Stabilität und Hegemonie – wirken zu können. Es liegt nämlich – so Schwarz – »vor aller Augen . . ., daß sich die Staatengesellschaft wieder mitten in einem Zeitalter brodelnder Machtpolitik befindet: Machtpolitik der Weltmächte, Machtpolitik vieler kleinerer und größerer Staaten der »Dritten Welt«, Machtpolitik auch mittels Einsatz der internationalen Organisationen«<sup>39</sup>.

In einer solchen Zeit muß die »Gesinnungsethik« als Orientierung von politischem Handeln versagen; ja sie erscheint (z. B. in der Friedensbewegung) als eminente Gefahr für den Staat oder sie gilt als Signum einer Schwäche, die letztlich die BRD zum Objekt fremder Machtpolitik degenerieren lassen muß. Da nach 1945 niemand mehr auftrat, »der die Staatsraison in den Traditionen von Machiavelli und Thomas Hobbes zu verteidigen wagte«, ist nunmehr dringend eine Wende geboten. Statt Friedensromantik und »selbstquälerischer Vergangenheitsbewältigung«<sup>40</sup> ist »ein anderes Ethos gefordert: Wachsamkeit, Kampfbereitschaft, Durchsetzungsvermögen, Sinn für Rechtsregeln und Machtverhältnisse, Rationalität, umsichtiges Kalkül, Kaltschnäuzigkeit«<sup>41</sup>. Darüber hinaus erfordert der »Selbstbehaup-

tungswille« der freien Republik »... Vaterlandsliebe..., Patriotismus hat es früher geheißen, also auch Opfer- und Risikobereitschaft.«

Das Programm dieses neuen Realismus, dessen Grundkategorien bis in die einzelnen Formulierungen auf Carl Schmitt zurückgehen (ohne daß dieser ein einziges Mal zitiert würde), konzentriert sich in der Empfehlung, daß die Bundesrepublik ihre »führende Rolle... in der EG, ihre Schlüsselfunktionen im europäischen Gleichgewichtssystem und ihr globales Gewicht als Welthandelsgrößmacht«<sup>45</sup> auch bewußt – und ohne moralisierenden Schnickschnack – auszufüllen habe. Innenpolitisch würde diese Politik den Abschied von der »Gefälligkeitsdemokratie«, die H. P. Schwarz offenbar besonders verachtet, bedeuten. Freilich, »in seinen Thesen schwingt schon ein wenig Resignation des Rechtsintellektuellen, der die Führungsfähigkeit seiner Partei (i. e. der CDU) in Frage stellt«<sup>46</sup>.

Weitere Einzelheiten dieser konservativen Programmschrift brauchen hier nicht behandelt zu werden. Sie mag zunächst als eine Art Einlösung jener Vision des Herrn v. Schrenck-Notzing gelten, der den Machiavelli in Zeiten der Krise aus seinem Wetterhäuschen heraustreten lassen möchte. »Krisengefühl und Machthunger nähren sich gegenseitig.«<sup>47</sup> Erneut scheint sich also in der Gegenwart der Satz des Kulturhistorikers W. Waetzold zu bestätigen: »Jedesmal, wenn Europa seine großen Geister beschwört, ruft auch Machiavellis Stimme aus dem Jenseits ihr »Presente!« – »Hier bin ich!«.«<sup>48</sup> Zugleich macht aber das Plädoyer von H. P. Schwarz für die Rehabilitierung und Enttabuisierung der »Staatsraison« deutlich, daß hier nicht – gleichsam voraussetzungslos – an die »reine Faktizität« des Staates und seiner Machtpolitik appelliert wird. Vielmehr verbindet sich dieser Appell mit eindeutigen Zwecken, denen die Macht und die Machtpolitik dienen sollen. Es geht um die Bewahrung der »freiheitlichen Politik«, um die Abwehr des Sozialismus/Kommunismus, schließlich um eine Politik, die in einer Periode krisenhafter Turbulenzen den Interessen der imperialistischen »Großmacht« BRD nach außen wie nach innen dienen soll. Der zuweilen zynische Pessimismus, der in solchen Programmen anklingt, mag mit der Ahnung zusammenhängen, daß die Einlösung des Programms zugleich jene Herrschaftsverhältnisse zerstören könnte, die die Machtpolitik gerade bewahren soll, daß – mit anderen Worten – die Veränderung von weltpolitischen Kräfte- und Machtkonstellationen eben auch mit objektiven Struktur- und Entwicklungsbedingungen gesellschaftlicher Systeme – und damit von politischen Handlungsbedingungen – zu tun hat, die durch die »reine Politik« zwar modifiziert, gehemmt oder

beschleunigt werden können, aber sich letztlich ebenso durchsetzen wie der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus bzw. der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus.

Machiavelli hat für seine Zeit das Dilemma der politischen Lösung gesellschaftlicher Krisen auf den Begriff gebracht. Die Überschrift des 17. Kapitels des 1. Buches der »Discorsi« lautet: »Ein heruntergekommenes Volk, das sich eine freiheitliche Verfassung gegeben hat, kann sich nur mit größter Schwierigkeit frei halten« (61). Wo die Sitten völlig »verwildert« sind, kann sich das Volk nicht selbst zum Subjekt einer »Erneuerung« machen. »Wenn ein Staat . . . durch Sittenverderbnis in Verfall geraten ist und sich je wieder aufrichten sollte, so geschieht dies nur durch das Verdienst eines kraftvollen Mannes und nicht durch das Verdienst der Allgemeinheit.« Aber im Blick auf die konkreten Erfahrungen in Italien und vor allem in seiner Heimatstadt Florenz bleibt Machiavelli skeptisch: Der einzige Ausweg, den er sich denken kann, führt über eine – geradezu ins Extreme gesteigerte – Gewaltanwendung: »Es müßte denn sein, daß einer dieser Männer unter tausend Gefahren und mit Strömen von Blut die Wiedergeburt des Staates erreicht hätte. Denn Sittenverderbnis und Untauglichkeit zur Freiheit entsteht aus Ungleichheit, die im Staat herrscht. Um diese zu beseitigen, muß man zu den außerordentlichsten Mitteln greifen. Dazu sind aber nur wenige fähig und gewillt . . .« (Disc. 63). Immerhin verrät uns diese Passage, daß die Ungleichheit (in ihren sozialen und politischen Formen) die Basis des Verfalls und der innerstaatlichen Krise bildet, die ihrerseits die Behauptungsfähigkeit des Gemeinwesens nach außen zunichte macht. Einige der konservativen Schüler Machiavellis mögen heute noch vor den Konsequenzen der »politischen Lösung«, wie sie der Florentiner anspricht, zurückschrecken. Dabei dürften sie wissen, daß das in der demokratischen Öffentlichkeit tief verwurzelte Mißtrauen gegen die Enttabuisierung der Machtpolitik auf jene historischen Erfahrungen der Zwischenkriegsperiode und vor allem des 2. Weltkrieges sich gründet, als nämlich die »Führer« des Faschismus jene brutalste Konsequenz der Rettung der bürgerlichen Gesellschaft in die Tat umsetzten.

#### 1.4 Voraussetzungen der »reinen Politik«

Auf den Wegen zu Machiavelli sind wir gerade in einem »Holzweg« gestrandet, den wir (zumindest in diesem ersten Kapitel) schnell

wieder verlassen wollen. Diese Staats- und aktionsfixierte Linie der Machiavelli-Rezeption, die über Nietzsche, Sorel, Pareto, Carl Schmitt, Freyer, Burnham bis hin zu den im vorangehenden Abschnitt behandelten Autoren führt, beruft sich – wie zu sehen war – auf die vorgebliche Rationalität einer empirisch streng verfahrenen »Erfahrungs- bzw. Wirklichkeitswissenschaft«. Diese nehme die reine Faktizität des Staates als von der Gesellschaft abgesonderten Gewaltapparat zum Gegenstand, um daraus praktische Handlungsanweisungen für die Politik bzw. für die politisch Führenden zu gewinnen. Die »Autonomie« der Politik ist demnach doppelt bestimmt: einmal in bezug auf die Gewalt des staatlichen Handelns (Machtpolitik), zum anderen als eine »Technik des politischen Handelns«, als eine Kunst, »die man lernen, üben, theoretisch vertiefen, systematisch ausarbeiten und lehren kann.«<sup>49</sup> Das Schachspiel wird neben der Medizin zum Paradigma jener Technik, in der Intellekt(Wissen), Geschicklichkeit in der Reaktion auf bestimmte Situationen und auch Glück zusammenwirken, aber immer wieder von neuem die Fähigkeit zum strategischen Denken erfordern.

Gleichwohl blockieren diese »Mythen« der politischen Gewalt und der Technik des politischen Handelns systematisch jedweden kritischen Zugang zur Politikwissenschaft selbst. Im Grunde bedürfen sie des Rekurses auf das Werk von Machiavelli überhaupt nicht; denn sie wollen ja gerade das auf den Begriff bringen, was ist (politische Gewalt). Dabei geht es ihnen in erster Linie um die Rechtfertigung dieser Gewalt zum Zwecke der Bewahrung bestehender (bereits problematisch gewordener) gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse. Die Gewalt gewinnt so eine eigene technische und ästhetische Dimension, die sich schließlich im »Mythos der Gewalt« (Sorel) verdichtet. Warum aber eine bestimmte – nämlich die klassengespaltene – Gesellschaft dieser politischen Gewalt bedarf, warum diese immer wieder (gleichsam in der »reinen politischen Situation« des äußeren und inneren [des Bürger-]Krieges) angewandt werden muß (als Kern von Machtpolitik), bleibt ebenso außerhalb dieses empiristischen und technizistischen Zuganges zur Politik wie die Frage, warum sich gegen die herrschenden Gewalten immer wieder Gegengewalt formiert hat, die sich zumal in den revolutionären Entwicklungsbrüchen der bürgerlichen Gesellschaft durchgesetzt hat.

Bleiben wir einen Moment beim Schachspiel, das so viele Autoren erwähnen, wenn sie die Methode des politischen Denkens von Machiavelli charakterisieren wollen.<sup>50</sup> Dieses Spiel verlangt wie kaum ein anderes Intelligenz und strategische Denkfähigkeit in der Kalkula-

tion verschiedener Handlungs- und Entscheidungsalternativen, um zum Erfolg, zum Sieg, zu kommen. Daher scheint es in besonderem Maße geeignet, politische Kräftekonstellationen und Entscheidungssituationen zu simulieren und dabei das strategische und taktische Denken zu schulen. Überträgt man diese Rationalität des Spiels auf die Politik, so werden freilich schnell fundamentale Differenzen offenkundig. Gerade die schlichte Vorstellung von einem »Machiavellismus«, der sich selbst von allen Regeln der Moral frei macht, paßt schlecht zur Grundvoraussetzung eines jeden Spiels, das die bewußte Regelverletzung nicht zulassen kann. Darüber hinaus beginnen die Spieler beim Schachspiel von der Position der formalen Gleichheit aus; beide verfügen über die gleiche Anzahl von Figuren. Über den Sieg entscheidet letztlich die Macht des Intellekts, die Beherrschung von Regeln, von Fällen und Zugkombinationen, gewiß auch die Fähigkeit zu taktischen Finessen, die den Gegner verwirren und täuschen können. Natürlich wiederholen sich solche Konstellationen in der Politik, vor allem auf dem Felde der Militärstrategie. In der Politik dagegen bedeuten der Konflikt und der Kampf um Macht stets auch die Verfügung über ungleiche Ressourcen. Intellektuelle mögen dazu neigen, in der Politik die Bedeutung des Faktors »Wissen« (und damit sich selbst) zu überschätzen. Die Wirklichkeit selbst zerstört freilich immer wieder solche Illusionen, indem sie – über die Ergebnisse solcher Machtkämpfe – zugleich das entscheidende Gewicht dieser Ressourcen zur Geltung bringt. Die Ressourcen von Macht sind materieller und immaterieller Natur: Geld, Menschen, Land, wissenschaftliche und technische Produktivkräfte, Recht, institutionalisierte Gewalt auf der einen, Legitimation im weitesten Sinne (d. h. Mobilisierung von Konsensus und Unterstützung für bestimmte politische Ziele) auf der anderen Seite. Damit wird jedoch schon deutlich, daß die bewegenden Kräfte des politischen Geschehens, die ihrerseits über den Erfolg oder den Mißerfolg von politischen Machtinteressen und Herrschaftsstrategien entscheiden, in letzter Instanz gesellschaftliche Kräfte sind. Die Ressource »Geld« z. B. setzt entwickelte Verhältnisse der Warenproduktion und des Tausches voraus, in denen schon die Vermehrung des Geldes (als Gewinn) bestimmend geworden ist. Gleichzeitig etabliert sich mit dem Zugriff des Staates auf das Geld – auf den Gewinn ebenso wie auf das Lohneinkommen in der Form der Steuern – schon eine spezifische Konstellation von Abhängigkeits-, Bündnis- und Konfliktverhältnissen.

Die für jede politische Analyse und Entscheidung maßgebliche Kategorie des Kräfteverhältnisses verweist so eo ipso auf die Grund-

konstellationen sozialer und politischer Kräfte in der Gesellschaft. Daraus erwächst für die politikwissenschaftliche Analyse die Aufgabe der Vermittlung, d. h.: für jeweils bestimmte, konkrete geschichtliche Kräftekonstellationen den Zusammenhang von gesellschaftlichen und politisch-ideologischen Kräften zu rekonstruieren. Wer sich durch den Schein der vielfältigen Bewegungen an der Oberfläche des politischen Geschehens blenden läßt und dazu der Täuschung aufsitzt, als lasse sich diese Bewegung nach den Regeln des Schachspiels gestalten, kontrollieren oder manipulieren, der unterliegt stets der Gefahr, in diesem Voluntarismus zu scheitern und an seinen eigenen Mißerfolgen zu verzweifeln. Das Niveau dieses Voluntarismus reflektiert sich noch in einem Ausspruch des Pandolfo Petrucci, des Herrn von Siena, der Machiavelli gegenüber bekannte: »Ich regiere bloß für den Tag und beurteile, um nicht zu irren, die Geschäfte nach ihrem stündlichen Wechsel. Denn diese Zeiten sind mächtiger als unser Gehirn.«<sup>31</sup> Der Erfolg des Augenblicks wird zum Fixpunkt einer Dekadenzerfahrung, in der das Unbegriffene (die »mächtigen Zeiten«) gleichsam den bevorstehenden Untergang dieses Typs von Politik und Herrschaft antizipiert.

Für die »... Bildung eines echten Staates im modernen Sinne, der fähig sein sollte, die kommende Zeit zu überstehen«, waren in den Anfängen der Neuzeit – so die italienischen Historiker Romano und Tenenti – folgende Faktoren von grundlegender Bedeutung: »a) eine gewisse territoriale Grundlage, b) eine genügend starke Zentralgewalt, c) Vernichtung oder zumindest drastische Einschränkung der alten Feudalmacht, d) Schaffung einer soliden Infrastruktur, d. h. Verwaltung, Finanzen, Heer, Diplomatie. Wo alle diese 4 Faktoren zur Entwicklung gelangten, setzte der moderne Staat sich durch. Fehlte das eine oder das andere (oder alle) dieser Elemente, so konnte ein Staat wohl überleben, gar Blütezeiten erleben, aber sein Schicksal war besiegelt. Die kommenden Jahrhunderte sollten das klar beweisen«<sup>32</sup>.

Wir werden sehen, daß für Machiavelli – in der Analyse der Krise seiner Zeit – die Gründung eines neuen Staates im Mittelpunkt des Interesses steht und daß alle seine Erwägungen zum richtigen politischen Handeln sich in dieser Perspektive konzentrieren. Dabei kommt er notwendig immer wieder auf diese »Strukturelemente« des modernen Staates zurück, wobei die Umstände der Zeit selbst den aktionistischen Gesichtspunkt (den Appell an einen befähigten Staatsgründer) stärker akzentuieren als die Analyse der inneren, institutionellen Formen und Verhältnisse, in denen sich staatliche Souveränität reproduziert. Die wenigen Jahrzehnte, die zwischen dem »Fürsten« (1513) des

Machiavelli und den »Sechs Büchern über den Staat« (1576) von Jean Bodin liegen, markieren daher – für die neuzeitliche Staats- wie Staatstheorie-Entwicklung – eine wesentliche Differenz: Im »Fürst« dominiert der Appell an die Persönlichkeit und Qualifikation (Virtù) eines Staatengründers. Die Staatsfrage wird in extremer Weise personalisiert. Bei Bodin dagegen wird sie erstmals entpersonalisiert (obwohl er den absoluten Monarchen mit quasi uneingeschränkten Befugnissen an der Spitze des Staates anerkennt). Die Person des »Fürsten« tritt gegenüber der zentralen Bestimmung der »Souveränität« als der wesentlichen Bestimmung politisch-staatlicher Herrschaft zurück. »Souveränität bedeutet für Bodin . . . nämlich die Existenz einer nicht nur höchsten und rechtlich unabhängigen, sondern einer zugleich einzigen, juristisch nicht weiter ableitbaren und schlechterdings weltlichen ›Gewalt‹ innerhalb eines begrenzten Raumes, die durch ihr Dasein den Staat konstituiert und erhält und deren Substanz im wesentlichen durch die Befugnis gekennzeichnet ist: ›donner loy à Chacun en general et à chacun en particulier‹, ohne durch Rechtsregeln irdischer Instanzen gehemmt zu sein.«<sup>39</sup>

Sobald aber die Frage nach der Souveränität, d. h. nach der Stabilität des Staates, aufgeworfen wird, muß sich die wissenschaftliche Analyse notwendig mit der Mobilisierung von Ressourcen (vor allem: Geld, Land und Menschen als »Untertanen«), mit den institutionellen Formen der politischen Verfassung der Gesellschaft (System der Staats- und Gewaltapparate, Administration, Regierungssystem) sowie mit den Regeln und Normen (Recht und Ideologie) beschäftigen, nach denen diese Stabilität sich organisiert. Die gesellschaftliche Form- und Funktionsbestimmung politischer Herrschaft geht daher in dem Maße, wie sie zum wissenschaftlichen Begriff jener Verhältnisse sich hinarbeitet, über die bloße Wahrnehmung der Oberflächenerscheinungen des politischen Kampfes, seiner Verlaufsformen und taktischen Imperative, seiner Zufälligkeiten etc. hinaus. Dabei wird auch die Kritik des neuzeitlichen Staates als eines Herrschaftsapparates deutlicher artikuliert, dessen Stabilität selbst noch Voraussetzung für die Aufrechterhaltung eines Systems der gesellschaftlichen Produktion und Aneignung damit auch der Klassenbeziehungen ist.

Diese Erkenntnis entspringt keineswegs nur jener Erfahrung der sozialen und politischen Kämpfe des Spätmittelalters, in denen die Volksmassen gegen die feudalen, politischen Monopole (im System der Grundherrschaft und im städtischen Zunftwesen) rebellieren und dabei die direkte Gewalt von schrecklich brutalen Niederwerfungs- und Vernichtungsfeldzügen der Herrschenden erleiden.<sup>40</sup> Sie wird



auch von humanistischen Intellektuellen formuliert, die solche Rebellionen und Bewegungen »von unten« verabscheuen, aber gleichzeitig kritisch den Zusammenhang von gesellschaftlichen und politischen Herrschaftsverhältnissen zu begreifen beginnen. In der »Utopia« des Engländers Thomas Morus, die fast zur gleichen Zeit wie der »Fürst« Machiavellis geschrieben wurde, finden sich daher die ersten Ansätze einer radikalen Kritik des Staates als eines Apparates der Klassenherrschaft: »Wenn ich daher alle unsere Staaten, die heute irgendwo in Blüte stehen, im Geiste betrachte und darüber nachsinne, so stoße ich auf nichts anderes, so wahr mir Gott helfe, als auf eine Art Verschwörung der Reichen, die den Namen und den Rechtstitel des Staates mißbrauchen, um für ihren eigenen Vorteil zu sorgen. Sie sinnen und hecken sich alle möglichen Methoden und Kunstgriffe aus, zunächst um ihren Besitz, den sie mit verwerflichen Mitteln zusammengerafft haben, ohne Verlustgefahr festzuhalten, sodann um die Mühe und Arbeit der Armen so billig als möglich sich zu erkaufen und zu mißbrauchen. Haben die Reichen erst einmal im Namen des Staates, d. h. also auch der Armen, den Beschluß gefaßt, ihre Machenschaften durchzuführen, so erhalten diese sogleich Gesetzeskraft.«<sup>39</sup>

## 1.5 Ereignis- und Strukturgeschichte

Für den Historiker sind die Probleme, die hier im Zusammenhang der politischen Theorie sich ankündigen, keineswegs neu. Erst langsam hat sich die Historiographie des 20. Jahrhunderts – unter dem Einfluß der Sozialwissenschaften und auch des historischen Materialismus – von einer »Politikgeschichte« gelöst, die die geschichtliche Wirklichkeit und ihre Entwicklung primär »vom Staat her« begriff. Das historische Ereignis sowie die herausragende Bedeutung der Persönlichkeit bildeten Grundelemente der »historistischen« Betonung des Individualitätsprinzips, die in Friedrich Meineckes »Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte« (1924) zugleich Machiavelli als den Begründer des neuzeitlichen Historismus gefeiert hat. »Der dem Historismus eigene idealistische Persönlichkeits- und Handlungs-begriff richtet das Augenmerk auf die Haltungen und Handlungen identifizierbarer Akteure sehr viel mehr als auf die »Verhältnisse« und »Zustände« per se, wenn diese auch in begrenztem Maße als Bedingungen und Folgen individueller Handlungen einbezogen werden konnten.«<sup>40</sup>

Demgegenüber lehnt es die moderne Sozial- oder Gesellschaftsge-

schichte ab, »... einzelne Ereignisse oder Ereignisfolgen, ... große Persönlichkeiten und einzelne Handlungen, ... Ideen (oder) ... das Staatlich-Politische als Strukturierungskern zu benutzen; vielmehr scheint es nötig oder doch vorzuziehen, geschichtliche Wirklichkeit, »von der Gesellschaft her« zu strukturieren und zu synthetisieren«. Die Betrachtung bezieht die verschiedensten Wirkungsbereiche ein: »... von den materiellen Bedingungen, von den Bevölkerungsverhältnissen, vom wirtschaftlichen Wachstum und Wandel über die sozialen Klassen, Gruppen und Schichten, Allianzen, Proteste und Konflikte, Sozialisationsprozesse, Verhaltensmuster und kollektiven Mentalitäten bis hin zu den politischen Institutionen und Willensbildungsprozessen sowie den Veränderungen im Bereich der Kunst, Religion und Wissenschaft.«<sup>37</sup>

Während also der Historismus – gegen die neuere Geschichtsphilosophie – den Relativismus und zugleich die »Kontinuität der schaffenden Kraft als die kernhafte historische Tatsache« (Dilthey) hervorhebt, kritisiert die strukturgeschichtliche Betrachtung die Verselbständigung der politischen Geschichte als eine ideologische Denkform, die die gesellschaftlichen Bedingungen und Zwecke politischen Handelns verschleiert und damit zur Rechtfertigungslehre der jeweils im Staat herrschenden Machtinteressen absinkt. Im Grunde reproduziert sich dieser erkenntnistheoretische Gegensatz von empirischem Relativismus und kritischer Geschichts- und Gesellschaftstheorie in der Politikwissenschaft (ihren vielfältigen Politik-Definitionen) und in der Machiavelli-Rezeption selbst. Die Oberfläche der politischen Ereignisse in einer bestimmten Epoche, die innere Logik im Verhalten der politischen Akteure, die Abwägung von Kräfteverhältnissen, institutionellen Bindungen, Bewußtseinsformen, die Kalkulation des erfolgreichen Handelns und der Machtpotentiale in der inneren und äußeren Politik – alle diese verschiedenen Formen des politischen Handelns sind selbstverständlich auch der wissenschaftlichen Betrachtung – der systematisierenden, vergleichenden und klassifizierenden Analyse – zugänglich. Daß solch – wissenschaftlich geleitetes – politisches Handeln eine »Kunst« sei, bestimmt die Auffassung von der Politik als einer autonomen Wissenschaft von den frühen »Fürstenspiegeln«, die schon im 13. Jahrhundert unter dem Einfluß der Aristoteles-Rezeption ihre Blütezeit erlebten<sup>38</sup>, über Machiavellis »Fürst« bis hin zu den moderneren Varianten der Politikberatung, die namentlich das Funktionsverständnis des US-amerikanischen policy-science auszeichnet<sup>39</sup>.

Gleichwohl zeigt uns die Geschichte der politischen Ideen selbst, daß die theoretische Reflektion dieser Autonomie niemals – bzw. nur

in Ausnahmefällen – sich damit begnügt hat, deren bloße Faktizität als außerökonomisches Gewalthandeln zu konstatieren. In der antiken und mittelalterlichen Denktradition herrscht daher die Tendenz vor, die Empirie des politischen Geschehens, das Gewalthandeln, normativ – ethisch und religiös, d. h. metaphysisch – zu binden. Machiavelli ist einer der ersten, der an der »Epochenschwelle« zur Neuzeit diese Bindungen zerreißt, der die Erfolgskriterien des politischen Handelns von diesen religiösen und ethischen Bindungen ablöst und damit jene große Säkularisierungsbewegung vorantreibt, in der sich die »instrumentelle Vernunft« von den Fesseln des Glaubens, der Spekulation und der Metaphysik emanzipiert. Es wird noch zu zeigen sein, daß Machiavelli keineswegs vollständig die Autonomie der Politik postuliert – und es wird auch noch zu fragen sein, ob denn seine politischen Vorschläge (nach 1512), die nahezu allesamt in der Praxis gescheitert sind, nicht auch das Programm und damit den übersteigerten Anspruch einer empirisch-rationalen Politikberatung gründlich desavouieren.

Als jedoch in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts der Siegeszug der modernen, naturrechtlichen Begründung des Staates begann, setzte sich einerseits der von Machiavelli (auf dem Gebiet der politischen Theorie) initiierte Säkularisierungsproze fort. Aber: von nun an wurde der Staat nicht »aus sich selbst«, sondern aus der Vernunft der Subjekte des »Staatsvertrages« und aus der Rationalität des positiven Rechtes begründet. Damit wurde – neben der Sphäre der staatlichen Souveränität – die zweite, fundamentale Charaktereigenschaft des modernen bürgerlichen Staates »abgeleitet«: die Existenz einer Sphäre, die frei von der Souveränität ist. »Historisch und philosophisch gesehen nahm man an, daß diese Freiheit existierte, bevor sich der Staat entwickelte – der Staat erschien dann als das Mittel zu ihrer Realisierung. Mit dieser Annahme verwandelte die bürgerliche Gesellschaft das mittelalterliche Naturrecht in säkulare Menschenrechte, die die Staatsgewalt begrenzen sollten.«<sup>60</sup> In dieser »Verdoppelung« von politisch-staatlicher und individuell-privater Souveränität realisiert sich schließlich die »Trennung der ökonomischen und der außerökonomisch-politischen Funktion der Ausübung und der Sicherung der Klassenherrschaft als Funktionsbedingung der kapitalistischen Produktions- und Aneignungsstruktur.«<sup>61</sup>

## 1.6 Materialistische Politikanalyse

Die materialistische Politiktheorie beginnt mit der Kritik dieser »Verdoppelung« (vgl. die Gegenüberstellung von »abstrakter politischer Gesellschaft« und »wirklicher politischer Gesellschaft« in der »Kritik des Hegelschen Staatsrechts« durch den jungen Karl Marx<sup>62</sup>). Damit steht sie noch in einer Linie des bürgerlichen Denkens, das in der Aufklärung und in der klassischen politischen Ökonomie den ersten bedeutenden Schritt zu einer »Soziologisierung« der Staats- und Politikwissenschaft vollzogen hatte. Die Gesellschaft wird nicht mehr über den Staat, sondern der Staat wird umgekehrt – nach seiner Form, seiner Funktion und in seiner Legitimation – von der Gesellschaft her bestimmt.<sup>63</sup> Schon früh hatte Marx den abstrakten, den reinen »politischen Verstand« kritisiert: »Das Prinzip der Politik ist der *Wille*, je einseitiger, d. h. also, je vollendeter der *politische* Verstand ist, um so mehr glaubt er an die *Allmacht* des Willens, um so blinder ist er gegen die *natürlichen* und geistigen *Schranken* des Willens, um so unfähiger ist er also, die Quelle sozialer Gebrechen zu entdecken.«<sup>64</sup>

Welches sind die wichtigsten Bestimmungen dieser »Vergesellschaftung des Politikbegriffes« in der Marxschen Theorie?

1. Die selbständige Form des Politischen (ideologisch und institutionell) ist an die Existenz, die antagonistischen Interessen und den Kampf von Klassen gebunden, die im politischen Raum ihre Interessen »in allgemeiner Form« darstellen und austragen.

2. Die Politik konstituiert sich mit dem Staat. Dieser bleibt als Organ der Klassenherrschaft die Zentralinstanz des politischen Systems von Klassengesellschaften. »Politik ist eine spezifische soziale Aktivität von Klassen, die – unmittelbar oder mittelbar – auf die Beeinflussung, Eroberung bzw. die Erhaltung, Festigung und Ausübung der Staatsmacht zur Durchsetzung und dauerhaften Realisierung ihrer Interessen gerichtet ist. Die Spezifik der Politik ist darin begründet, daß sie die Beziehungen der Klassen in bezug auf die Staatsmacht zum Ausdruck bringt.«<sup>65</sup>

3. Die jeweils konkret-historischen Kräftekonstellationen von Klassenbeziehungen definieren das jeweilige politische Kräfteverhältnis. Dessen Struktur und Veränderung wird nicht nur durch die Entwicklung der Existenz- und Reproduktionsbedingungen der Klassen, sondern auch durch die ideologischen Vergesellschaftungsprozesse, durch die politische Fähigkeit der jeweiligen Klassen und Klassenkräfte bestimmt, ihre Hegemonie in Gesellschaft und Staat als ideologische Integrations- sowie als politische Führungsfähigkeit von Klassenbündnissen zu sichern bzw. durchzusetzen.

4. Das Proletariat muß einen politischen Kampf führen, sich als Klasse politisch organisieren, um durch den Kampf um die Eroberung der politischen Macht die Voraussetzungen für die Aufhebung der Klassenverhältnisse, damit für die Aufhebung der Politik (als Gewalt-handeln) und das »Absterben« des Staates zu schaffen.<sup>66</sup>

Es handelt sich also hier um eine eindeutig »strukturgegeschichtliche« Konzeption von Politik. Freilich geht die Marxsche Position über den bloßen Nachweis eines Systems von Wechselbeziehungen zwischen sozialökonomischen und politisch-ideologischen Faktoren im historischen Prozeß hinaus, indem sie den Prozeß der antagonistischen Vergesellschaftung im Kapitalismus als den »in letzter Instanz« bestimmenden Faktor, eben als die »Basis« aller Politik nachweist. Gleichwohl bringt dieser Ansatz stets auch die Gefahr eines ökonomischen Reduktionismus (in Theorie und Praxis) mit sich. Dieser erschöpft sich schließlich darin, den ganzen Formenreichtum der Politik auf die ökonomischen »Grundtatsachen« und die Basisinteressen von antagonistischen Klassen zurückzuführen. Sofern aber Politik, Ideologie und andere Überbauformen nur noch als bloße Widerspiegelungen objektiver gesellschaftlicher Verhältnisse und Prozesse gefaßt werden, setzt sich in der Wissenschaft wie in der Politik jene steife, mechanische Auffassung durch, die hin- und herschwankt zwischen der Unterbewertung der »Autonomie des Politischen« auf der einen und einer »Überpolitisierung« sozialer Konflikte und Bewegungen auf der anderen Seite.

Friedrich Engels hat in seinem Spätwerk mehrfach betont, daß er und Marx bei der »Ableitung der politischen, rechtlichen und sonstigen ideologischen Vorstellungen und (der) durch diese Vorstellungen vermittelten Handlungen« das Hauptgewicht auf die »ökonomischen Grundtatsachen« gelegt und dabei »die formelle über der inhaltlichen Seite vernachlässigt« haben.<sup>67</sup> Ausdrücklich erkannte er die relative Autonomie der Überbauelemente im historischen Prozeß an: »Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in *letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das *einzig* bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus – politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate, Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. – Rechtsformen und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen

Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren *Form*. Es ist die Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten . . . als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt. Sonst wäre die Anwendung der Theorie auf eine beliebige Geschichtsperiode ja leichter als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades.«<sup>68</sup>

Engels formuliert hier ein Programm historisch-materialistischer Forschung, dessen Ausarbeitung er wohl auch als eine Aufgabe nachfolgender Generationen ansah. Gleichwohl weist die Theoriegeschichte des Marxismus bis in die Gegenwart erhebliche Lücken auf dem Felde der politischen Theorien auf. Unter dem Einfluß des Werkes von W. I. Lenin, der russischen Oktoberrevolution (1917), der Kommunistischen Internationale (KI), aber auch der Erfahrungen neuerer revolutionärer Bewegungen in den ehemaligen Kolonien und Halbkolonien ist der Marxismus in hohem Maße politisiert worden. Der historische Materialismus, die Kritik der politischen Ökonomie und die Klassenkampf- und Revolutionstheorie wurden ergänzt durch politische Theorien des revolutionären Kampfes und seiner Organisationen. Gleichwohl konstatieren neuere Untersuchungen eine gewisse »Rückständigkeit« der politischen Theorie des Marxismus. Sie vermischen eine Theorie der politischen Macht, die zwischen dem »Politischen« (dem rechtlich-politischen Überbau Staat) und der »Politik« (den verschiedenen Formen der Klassenpraxis) zu unterscheiden vermag.<sup>69</sup> Sie kritisieren den »ökonomischen Determinismus«, der die »materiale Realität« von Überbauelementen wie der Politik, des Rechtes, der Ideologie, der Moral wie der Kultur negiere. Dabei bleibe der Marxismus (theoretisch wie praktisch) außerstande, die innere Stabilität kapitalistischer und spätkapitalistischer Herrschaft, ihre Fähigkeit zur Selbstreproduktion der alten Ordnung sowie zur Neutralisierung und Integration von Widerstands- und Oppositionspotentialen – auch im Hinblick auf die Strategie und Taktik des Klassenkampfes (z. B. die Bestimmung des Verhältnisses von Reform und Revolution in der Gegenwart) – zu erkennen.<sup>70</sup>

Die immer wiederkehrenden Debatten über die Relevanz des »Politischen« für die marxistische Theorie scheinen auch darin begründet zu sein, daß die verschiedenen Elemente dieser Theorie in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander stehen. Auf der einen Seite: Auflö-

sung des Scheins der »Autonomie« des Politischen; auf der anderen Seite: extreme Politisierung des Klassenkampfes in der Perspektive des revolutionären Kampfes um die Eroberung der Staatsmacht. Auf der einen Seite: die strukturgeschichtliche Betrachtung des historischen Gesamtprozesses der antagonistischen Vergesellschaftung; auf der anderen Seite: eine politische Praxis, für die immer wieder der »gegenwärtige Moment« (z. B. bei der Beantwortung der Frage, ob eine revolutionäre Situation herangereift sei) sich gleichsam zu einer Lebens- und Überlebensfrage richtiger oder falscher Entscheidungen von Führungsgruppen der Organisationen der Arbeiterklasse gestaltet.

Die Spannung zwischen Theorie und Praxis, zwischen Erkennen und Handeln, steigert sich in der Entscheidungssituation des »gegenwärtigen Moments« oftmals bis zum Äußersten. Nicos Poulantzas sieht darin die »... besondere Natur der politischen Praxis. Sie hat, wie Lenin sich ausdrückt, den »gegenwärtigen Moment« zum spezifischen Gegenstand; d. h. den Knotenpunkt, an dem sich die Widersprüche der verschiedenen Ebenen einer Gesellschaftsformation in den durch die Überdeterminiertheit bestimmten komplexen Verhältnissen verdichten: und dies wegen ihrer Ungleichzeitigkeiten und ungleichmäßigen Entwicklung.«<sup>71</sup> Diese – bis zum Äußersten gesteigerte – Spannung in der Konzentration auf den »strategischen Punkt« durchdringt vor allem den »Fürst« von Machiavelli. Das abschließende 26. Kapitel, sein »Aufruf, Italien von den Barbaren zu befreien«, gewinnt den Charakter eines politischen Manifestes, der durch den einleitenden Satz noch unterstrichen wird: »Wenn ich alles bisher Erörterte überdenke und bei mir erwäge, ob gegenwärtig in Italien die Zeiten günstig sind für einen neuen Fürsten und ob ein kluger und energischer Mann hier einen Stoff finden würde, dem er die Form geben könnte, zu seinem Ruhme und zum Heile der Bevölkerung, scheint mir so vieles für einen neuen Fürsten vorteilhaft, daß ich keine Zeit wüßte, die geeigneter für ihn gewesen wäre« (Fürst, 138).

Von den bedeutenden Theoretikern des Marxismus hat sich allein der italienische Kommunist Antonio Gramsci intensiv mit Machiavelli beschäftigt. In der Kerkerhaft schrieb er zwischen 1932 und 1934 ein Heft mit »Notizen zur Politik des Machiavelli.«<sup>72</sup> Für den Italiener Gramsci bedeutete die Auseinandersetzung mit Machiavelli zugleich die Hinwendung zu den zentralen Problemen der nationalen Geschichte des Landes: zur Frage der verspäteten nationalen Einigung, deren Vorgeschichte eben mit dem Niedergang der Stadtrepubliken und der spanisch-habsburgischen Fremdherrschaft seit dem frühen 16. Jahrhundert, seit dem Scheitern jenes Appells zur Befreiung

und Einigung Italiens, begann, den Machiavelli im Schlußkapitel des »Fürst« an den Medici-Papst (Leo X.) richtete. Daß die italienischen Faschisten und namentlich ihr Führer, Benito Mussolini, Machiavelli zum bedeutendsten Kopf der italienischen Geistesgeschichte stilisierten und der »Duce« sich selbst als den »modernen Principe« sehen wollte, mag für Gramsci ein zusätzliches Motiv gewesen sein, die politische Theorie des Machiavelli zu studieren.

Gramsci bezeichnet den »Fürst« – vom Schlußkapitel her – als ein »politisches Manifest«. Darin wird zum einen die Spannung von Theorie und Praxis thematisiert, die das Wirken von Machiavelli auszeichnet. »Machiavellis Lehre war zu seiner Zeit keine bloße ›Bücherweisheit‹, auch kein Monopol isolierter Denker . . . (Sein) Stil . . . ist der Stil eines Mannes der Tat, der zur Aktion anspornen will . . .«<sup>74</sup> In dieser Betrachtung vertritt Gramsci den Standpunkt, daß die Machiavelli-Rezeption zunächst konsequent historisiert werden muß: »Es hat sich zu sehr die Gewohnheit herausgebildet, Machiavelli als den ›Politiker im allgemeinen‹, als den ›Wissenschaftler der Politik‹ zu betrachten, der für alle Zeiten Aktualität besitzt. Man muß Machiavelli indessen mehr als gesetzmäßigen Ausdruck seiner Zeit betrachten, der eng gebunden ist an die Bedingungen und Erfordernisse seiner Zeit, die sich ergeben: 1. aus den inneren Kämpfen der florentinischen Republik und aus der besonderen Struktur des Staates, der sich nicht von den Überresten der ursprünglichen Stadtverwaltung zu befreien verstand, d. h. von einer hinderlich gewordenen Form des Feudalismus; 2. aus den Kämpfen zwischen den italienischen Staaten für ein Gleichgewicht in Italien, welches behindert wurde durch die Existenz des Papsttums und durch andere, aus der Stadtrepublik verbliebene feudale Überreste in der Staatsform, die auf die Stadt und nicht auf das gesamte Territorium gegründet war; 3. aus den Kämpfen der mehr oder weniger solidarischen italienischen Staaten für ein europäisches Gleichgewicht bzw. aus den Widersprüchen zwischen der Notwendigkeit eines inneren italienischen Gleichgewichts und den Belangen der europäischen Staaten, die um die Hegemonie kämpften.«<sup>75</sup>

Dennoch ist Gramsci bei dieser Historisierung des Gegenstandes (die sich zugleich gegen den »Machiavellismus« der Neuzeit richtet) nicht stehengeblieben. An anderer Stelle notiert er: »In einer Abhandlung über Machiavelli muß zunächst die Frage nach der Politik als autonomer Wissenschaft gestellt und beantwortet werden, nach dem Stellenwert, den die politische Wissenschaft innerhalb einer systematischen (kohärenten und konsequenten) Weltanschauung, innerhalb



einer Philosophie der Praxis, einnimmt und einnehmen soll.« Nachdem er den Idealismus von B. Croce kritisiert hat, fährt er fort: »In einer Philosophie der Praxis wird die Unterscheidung gewiß nicht zwischen den Momenten des absoluten Geistes stattfinden, sondern zwischen den Abstufungen des Überbaus, und es geht vielmehr darum, die dialektische Position des politischen Handelns (und der entsprechenden Wissenschaft) als bestimmte Stufen des Überbaus festzustellen: Man kann zunächst sagen, daß das politische Handeln erstes Moment der ersten Stufe ist, das Moment, in dem der Überbau noch in der Phase bloß willenshafter, unbestimmter und elementarer Ausdruck ist. In welchem Sinne können Politik und Geschichte und folglich Politik und das ganze Leben, identisch gesetzt werden? Wie kann also das gesamte System des Überbaus als Unterschiede (Momente) der Politik begriffen werden, und ist die Einführung des Begriffs des Unterschiedes in eine Philosophie der Praxis demnach gerechtfertigt? ... Konzept des »historischen Blocks«, d. h. Einheit von Natur und Geist (Basis und Überbau, Einheit der Gegensätze und der Unterschiede).«<sup>76</sup>

Gramsci verfolgt also seine Machiavelli-Studien mit einem doppelten Interesse. Auf der einen Seite historisiert er die politische Theorie Machiavellis. Dazu untersucht er die Frage, warum es in der Niedergangsphase der frühbürgerlichen Revolution in Italien nicht zur Konstitution eines einheitlichen, nationalen Staates gekommen ist. Auf der anderen Seite läßt er sich von Machiavelli bei der Ausarbeitung von Elementen einer marxistischen Politiktheorie inspirieren, die – im Blick auf die je konkret historischen Handlungsbedingungen und -möglichkeiten von Klassen und ihren politischen Organisationen – das starre und mechanistische Basis-Überbau-Schema zu differenzieren sucht.

Seine »Philosophie der Praxis« negiert keineswegs die notwendige Analyse der sozialökonomischen Basisverhältnisse, die ihrerseits Strukturbedingungen des politischen Handelns der antagonistischen Klassenkräfte in einer bestimmten historischen Epoche bilden. Die Autonomie des »Politischen« (und daher die Aufgabe der »politischen Wissenschaft«) setzt freilich dort an, wo sich diese Strukturbedingungen in Willensverhältnisse und Bewußtseinsformen, in Kräftekonstellationen und ihre institutionellen ideologischen Vermittlungen in der »bürgerlichen Gesellschaft« übersetzen und so zum »Material« einer (wissenschaftlich geleiteten) politischen Praxis werden, die deren Veränderung zum Gegenstand hat, die die Formierung eines kollektiven, nationalen Willens anstrebt, der eine fundamentale ökonomische und

moralische Reform, schließlich die Gründung eines »neuen Staates« zum Ziel hat. Schon vor Gramsci hatte W. I. Lenin in der »Gewerkschaftsdebatte« in Sowjetrußland (1921) die These vom Primat der Politik formuliert: »Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomie«. Aber: »Die Politik hat notwendigerweise das Primat vor der Ökonomie. Anders argumentieren heißt, das ABC des Marxismus vergessen . . . ohne politisch richtig an die Sache heranzugehen, wird die betreffende Klasse ihre Herrschaft nicht behaupten und folglich auch ihre Produktionsaufgabe nicht lösen können.«<sup>77</sup>

Die »Wege zu Machiavelli« haben uns – so scheint es – in ein Labyrinth von widerstreitenden Meinungen geführt und mehr offene Fragen als Antworten zutage befördert. Gleichwohl dürfte schon deutlich geworden sein, daß die Enthistorisierung der politischen Theorie des Machiavelli, deren Um-Interpretation in eine allgemeine, positivistische Theorie der »Technik der Macht«, nicht zufällig zu ihrer periodischen Reaktualisierung durch das konservative politische Denken führt. Die Theorie einer empirisch-analytischen politischen Wissenschaft, die sich auf Machiavelli als ihren Begründer beruft, hat – wie Hermann Heller schon in seiner »Staatslehre« (1934) kritisiert – »... neuerdings unter dem Einfluß der Lebensphilosophie die Meinung herausgebildet, alle Politik bedeute nichts anderes als einen prinzipiell irrationalen und sinnfremden Machtkampf. Sorel, Pareto und Oswald Spengler stimmen völlig darin überein, daß die Gewaltausübung ohne angebbare Inhalte das gesetzlose Grundgesetz aller Politik ausmache. Die Idee dieser Politik wird am besten beschrieben durch die Charakteristik, welche ein profaschistischer Theoretiker der faschistischen Politik zuteil werden läßt: »Aktivität um der Aktivität willen, Eine Art l'art pour l'art auf politischem Gebiet.«<sup>78</sup> Einige Jahre vorher (1929) hatte Karl Mannheim über die geistesgeschichtlichen Wurzeln dieser Theorie der Politik geschrieben: »(Sie) . . . fußt historisch letzten Endes auf Machiavelli, bei dem eigentlich die Grundeinsichten schon vorhanden sind. Der Elan des großen Führers ist vorweggenommen in dem Begriff der »virtù«. Der alle Idole enthüllende Realismus und das Rekurrieren auf eine Technik, die die tief verachtete Masse seelisch zu meistern versucht, finden sich ebenfalls bei ihm, wenn auch in concreto in manchem verschieden. Schließlich ist die Tendenz zur Auflösung des Geschichtsplanes und die Theorie der direkt eingreifenden Tat bereits dort vorgezeichnet.«<sup>79</sup> Mannheim fügt eine Bemerkung hinzu, die uns noch beschäftigen wird: »Soziologisch gesehen ist dies die Gestalt einer Ideologie putschistischer Gruppen, geführt von intellektuellen Kreisen, die der

liberal-bürgerlichen und sozialistischen Führerschicht gegenüber Outsider sind und die jene Konjunkturwellen zum machtmäßigen Vorstoß ausnutzen, die die Transformationsperiode der modernen Gesellschaft stets von neuem aus sich herausstellt.«<sup>80</sup>

Aber: die Beschäftigung mit Machiavelli kann nicht damit beginnen, daß wir die Frage klären wollen, ob dieser nun ein »Präfaschist« oder »der erste italienische Jacobiner« (Gramsci) gewesen sei.<sup>81</sup> Dieser Zugang würde uns entweder direkt zu einer Analyse der Krisengeschichte der modernen bürgerlichen Gesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts und ihrer ideologisch-politischen Bearbeitung führen. Oder er würde jenes geistesgeschichtliche Verfahren reproduzieren, dem sich die Geschichte des politischen Denkens seit der Antike als metahistorische Form des »Dialogs großer Geister« (Münkler) darstellt. Gerade die Geheimnisse und Widersprüche, die die Rezeptionsgeschichte des Machiavelli hervorgebracht hat, fordern aber dazu heraus, den Gegenstand – d. h.: das Werk des Florentiners – zu historisieren, bevor dessen Bedeutung für die Gegenwart thematisiert wird. Die »Modernität« seines Denkes – im Unterschied zur antiken und mittelalterlichen Philosophie – wäre so im Kontext jener »Epochenschwelle« zu interpretieren, in der sich der Übergang vom späten Mittelalter zur frühen Neuzeit vollzieht.

Da aber Machiavelli kein »Stubengelehrter« gewesen ist, der in der Weltabgeschiedenheit eines Studierzimmers oder eine Akademie Theorien produziert hat, sondern der als aktiver Politiker (wie auch als Verbannter nach 1512) stets in die politischen Auseinandersetzungen seiner Zeit einbezogen war, da er sich stets als Florentiner Patriot verstanden hat, der auch in seinen Schriften über die Rettung seines »Vaterlandes« (genauer: seiner »Vaterstadt«) nachgedacht hat, müssen wir diese historische Zuordnung konkretisieren. Das Werk Machiavellis steht im Zusammenhang der politischen und gesellschaftlichen Krise, die Italien und namentlich die Republik Florenz nach 1494 erschüttert. Die Handlungen der politischen Akteure, die inneren und äußeren Kräftekonstellationen, die Wechselfälle des politischen Geschehens dieser Periode, die das Material für die Analysen des Machiavelli bilden, sind mit diesen Krisenprozessen aufs engste verwoben. Das große »Projekt« des Machiavelli, die Rettung Italiens und die Durchsetzung eines absolutistisch geführten italienischen Einheitsstaates, erweist sich so als eine Krisenlösungs- bzw. -überwindungsstrategie.

Herfried Münkler hat vor wenigen Jahren ein wichtiges Buch über Machiavelli veröffentlicht. Er will die Fehler eines rein geistesge-

schichtlichen Verfahrens ebenso vermeiden wie die »Bornierungen eines Vulgärmarxismus, der die Gestalt einer politischen Theorie unter Vernachlässigung der theoriegeschichtlichen Vermittlungen als unmittelbare Widerspiegelung einer bestimmten sozio-ökonomischen Konstellation begreift«. Das interpretative Vorgehen erfordere daher die eingehende Beschäftigung mit »... der politischen, sozialen und ökonomischen Geschichte von Florenz und der Geschichte des politischen Denkens in Antike und Mittelalter«. <sup>42</sup> Damit plädiert er für einen wissenssoziologischen Ansatz, der über die sozialgeschichtliche Analyse auf der einen Seite durchaus die »Seinsgebundenheit« des Denkens konzidiert, andererseits jedoch in der Gefahr steht, über die theoriegeschichtliche Analyse einen Typus des »freischwebenden« (nicht-klassengebundenen) Intellektuellen – als des Produzenten der politischen Theorie – einzuführen. Gerade hier, bei der Untersuchung der Frage, inwieweit Machiavelli einen bestimmten Typ des politischen Intellektuellen repräsentiert, der erst in der frühbürgerlichen Gesellschaft, mit der Verselbständigung des Staates und der Politik entstehen konnte, wird jedoch eine marxistische Analyse über die wissenssoziologischen Antinomien hinauszugehen haben, um auf diese Weise zugleich die Widersprüche in der politischen Theorie des Machiavelli als notwendige, ideologische Formen gesellschaftlicher Kräftekonstellationen und Krisenprozesse, auch von Formen des Widerspruchs zwischen objektiven historischen Entwicklungsprozessen und subjektiven Willensverhältnissen (die gerade in der politischen Theorie dramatisch übersteigert werden können) zu dechiffrieren.

Bei der Analyse politischer Denkformen und ihrer realhistorischen Wirkungen reicht es also nicht aus, die Vermittlungen zwischen sozialgeschichtlichen Prozessen und der politischen Theoriebildung (bei der der Intellektuelle stets auch von dem – ihm zu seiner Zeit bekannten – Wissen auf diesem Gebiet, also den geistigen Traditionen, ausgeht) zu rekonstruieren. Politische Theorie stellt sich seit ihren Anfängen die Frage nach dem Zusammenhalt des Gemeinwesens. Sie beschäftigt sich mit dem Problem, wie die dissoziativen, desintegrativen Prozesse in der Gesellschaft, die Ordnung und Sicherheit, die den »Frieden« im Gemeinwesen bedrohen, über die politischen Formen der Vergesellschaftung (d. h. über den Staat, seine Regulierungs- und Gewaltfunktionen, aber auch über »Staatsideologien«, i. e. staatsbürgerliches Bewußtsein) in Bahnen der Systemsicherung gelenkt werden können. Aber auf jeder historischen Stufe der Entwicklung der politischen Theorie – von der Antike bis auf unsere Tage – konfrontiert gerade der spezifische Charakter jener, in den

gesellschaftlichen Verhältnissen wurzelnden, Widerspruchs- und Konfliktkonstellationen die Theorie mit der Aufgabe, diese Konzeption einer Synthese auseinanderstrebender individueller, sozialer und politischer Kräfte durch den Staat auf die Bewertung einer Konstellation von Klassenkräften zu beziehen, in deren Kämpfen zugleich die Vorstellung – und die objektiv historischen Möglichkeiten – über die herrschaftliche Organisation der gesellschaftlichen Verhältnisse bzw. über deren Aufhebung enthalten sind.

In ihrem Aufsatz »Zur Methodologie der vergleichenden Revolutionsgeschichte der Neuzeit« haben M. Kossok und W. Markov diesen wichtigen Aspekt hervorgehoben: »Zugleich sind die Veränderungen des Klassenkräfteverhältnisses im Ringen um die politische Macht zwischen antagonistischen Klassen wie innerhalb agierender Klassengruppierungen wesentliche Ansatzpunkte für die Periodisierung einer Umwälzung und die Feststellung, ob und bis zu welchem Punkt sich eine bürgerliche Revolution in aufsteigender Linie zu bewegen vermag.« Auf diese Weise verknüpft sich die Machtfrage mit dem Problem der Hegemonie im Gesamtprozeß der revolutionären Umwälzung: »Potentiell ist in ihm die progressive Bourgeoisie zur führenden Kraft prädestiniert: als sozialer Repräsentant, der mit dem Sturz des Feudalismus durchzusetzenden und zu institutionalisierenden neuen Gesellschaftsformation bestimmt sie die historisch-gesellschaftliche Grundrichtung, d. h. den objektiven Charakter der Umwälzung. Das konkrete Bild der einzelnen Revolutionen gibt indessen zu erkennen, daß die Hegemonieproblematik weder in abstrakter noch in schematischer Weise erfaßbar ist . . . In nur wenigen Revolutionen ist die Hegemonie der Bourgeoisie oder bestimmter Fraktionen der bürgerlichen Klasse (einschl. des Kleinbürgertums) »rein« ausgeprägt.«<sup>93</sup>

Friedrich Engels hat in der Einleitung zur »Dialektik der Natur«<sup>94</sup> ein prächtiges Tableau dieser Epoche der Renaissance und der frühbürgerlichen Revolutionen gezeichnet, das in seinen Formulierungen eher an Jacob Burckhard denn an irgendeinen mechanistischen »Vulgärmarxismus« erinnert, obwohl er die Explosion eines vielseitigen, schöpferischen und auch brutalen Individualismus als Ausdrucksform einer gesellschaftlichen Umwälzung, der frühbürgerlichen Revolution, begreift: »Es war die größte progressive Umwälzung, die die Menschheit bis dahin erlebt hatte, eine Zeit, die Riesen brauchte und Riesen zeugte, Riesen an Denkkraft, Leidenschaft und Charakter, an Vielseitigkeit und Gelehrsamkeit. Die Männer, die die moderne Herrschaft der Bourgeoisie begründeten, waren alles, nur nicht bürgerlich beschränkt. Im Gegenteil, der abenteuernde Charakter der Zeit hat sie



*Niccolò Machiavelli, Holzplastik.*

mehr oder weniger angehaucht. Fast kein bedeutender Mann lebte damals, der nicht weite Reisen gemacht, der nicht vier bis fünf Sprachen sprach, der nicht in mehreren Fächern glänzte. *Leonardo da Vinci* war nicht nur ein großer Maler, sondern auch ein großer Mathematiker, Mechaniker und Ingenieur, dem die verschiedenen Zweige der Physik wichtige Entdeckungen verdanken; *Albrecht Dürer* war Maler, Kupferstecher, Bildhauer, Architekt und erfand außerdem ein System der Fortifikation, das schon manche der weit später durch Montalembert und die neuere deutsche Befestigung wieder aufgenommenen Ideen enthält. *Machiavelli* war Staatsmann, Geschichtsschreiber, Dichter und zugleich der erste nennenswerte Militärschriftsteller

der neueren Zeit. *Luther* fegte nicht nur den Augiasstall der Kirche, sondern auch den der deutschen Sprache aus, schuf die moderne deutsche Prosa und dichtete Text und Melodie jenes sieggewissen Chorals, der die Marseillaise des 16. Jahrhunderts wurde. Die Heroen jener Zeit waren eben noch nicht unter die Teilung der Arbeit geknechtet, deren beschränkende, einseitig machende Wirkungen wir so oft an ihren Nachfolgern verspüren. Was ihnen aber besonders eigen, das ist, daß sie fast alle mitten in der Zeitbewegung, im praktischen Kampf leben und weben, Partei ergreifen und mitkämpfen, der mit Wort und Schrift, der mit dem Degen, manche mit beidem.“

# Blätter für deutsche und internationale Politik

Die „Blätter“ sind die auflagenstärkste und meistabonnierte  
politisch-wissenschaftliche Monatschrift in deutscher Sprache.  
Sie analysieren und dokumentieren wesentliche Fragen der  
Politik und Gesellschaft in der BRD, im westlichen und östlichen  
Ausland sowie der Dritten Welt.  
Ihre monatliche Chronik und ausführliche Dokumentation haben  
die „Blätter“ zu einem beliebten Nachschlagewerk gemacht.

## *Themen der letzten Hefte u. a.:*

Alternativen zur „Feminisierung der Armut“ · Ausstieg aus der Atomwirtschaft als Einstieg in einen alternativen Entwicklungsprozeß · Wie rechts ist die CDU? · Europa – eine zwingende Utopie · Gorbatschow: Keiner will länger auf die alte Art und Weise leben · Aufgeklärter Konservatismus? · „Künstliche Intelligenz“ und Verantwortung der Wissenschaftler · Eine neue Mehrheit für eine neue Politik · Was heißt neues Denken im Atomzeitalter? · Das Netzwerk der Großbanken · Quotierung – Reizwort oder Anreiz? Gewerkschaften und Gleichberechtigung · Wege zur Sicherheitspartnerschaft · Schwellenländer als High-Tech-Konkurrenz · Bonn und SDI · Warum ist die Solidaritätsbewegung mit Südafrika in der Bundesrepublik nicht stärker? · Umbau der Industriegesellschaft · Volkssouveränität oder Sicherheitsstaat · Wer WAA sät, erntet Widerstand · Alternative Wirtschaftspolitik · Neues Geschichtsbewußtsein und Relativierung des Nationalsozialismus

## *In den letzten Heften geschrieben u. a.*

Gisela Albrecht · Robert C. Aldridge · Till Bastian · Igor Bestuschew-Lada · William Borm · Ulrich Briefs · Frank Deppe · Horst Ehmke · Valentin Falin · Rainer Falk · Heinz Galinski · Anton-Andreas Guha · Heinrich Hannover · Dettel Hensche · Jörg Huffschild · Mechtild Jansen · Hubert Kleinert · Walter Kreck · Reinhard Kühnl · Annette Kuhn · Julius Lehlbach · Hans Mommsen · Helmut Ridder · Karin Roth · Hermann Scheer · Henning Schierholz · Jürgen Seifert · Dorothee Sölle · Eckart Spoo · Peter Starlinger · Joseph Welzenbaum

Einzelheft DM 7,50, im Abonnement DM 5,10, für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,60  
Probeheft kostenlos beim Verlag

Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 38 00 20

**Pahl-Rugenstein**



Wege zu Machiavelli / Diagnose – „Schwache Staaten sind immer schwankend in ihren Entscheidungen, und immer sind langsame Entschlüsse schädlich“ (Discorsi, II. 15) / Aufstieg und Niedergang von Florenz / Therapie – „Nur wer mit der Zeit geht, wird auf Dauer Glück haben“ (Discorsi, III. 9) / Elemente der politischen Theorie Machiavellis / Der Machiavellismus des 20. Jahrhunderts.

Frank Deppe, geb. 1941. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg.